

Betriebsräte-Zeitschrift

für Funktionäre der Metallindustrie

Soziale Folgen der Rationalisierung

Tony Sender

Zugegeben, daß „Rationalisierung“ noch viel häufiger als Schlagwort angetroffen wird, denn als energische, planmäßige Wirtschaftsmaßnahme. Doch wäre nichts törichter, als daß man aus diesem Grunde den bedeutsamen Prozeß der Umstellung und Umorganisation der deutschen Wirtschaft nicht ernsthaft genug auf seine wahrscheinlichen sozialen Ausstrahlungen hin untersuchen würde. Denn wenn auch noch keineswegs das rasche und entschiedene Handeln dem reichen Redefluß entspricht, wenn auch noch viel zu viel Tradition und konservativer Geist in manchen leitenden Köpfen wohnt — die schon jetzt sich offenbarenden schweren sozialen Folgen der Rationalisierung machen uns nur zu deutlich, daß dieser Prozeß sich tatsächlich vollzieht. Und die erste Wirkung war die Freisetzung von Arbeitskräften an den verschiedensten Stellen des Produktionsprozesses. Über die Pflicht der Allgemeinheit, diesen so arbeitslos gewordenen Menschen über die schwere Zeit nicht nur mit Unterstützung, sondern auch mit Bereitstellung von Arbeitsgelegenheit hinwegzuhelfen, ist an dieser Stelle schon eingehend gesprochen worden. Doch ist damit nur ein Ausschnitt aus dem Gesamtbild herausgenommen und auf die Dauer wirksame Maßnahmen können nur dann gefunden werden, wenn man die Verkettung der Geschehnisse erkennt und seine Einwirkung als Beeinflussung des Gesamtprozesses einstellt.

Vom Unternehmertum wurde bisher als vorliegender Zweck der Rationalisierung die Sicherstellung des Unternehmerrückgewinnes betrachtet. Die Entwicklung des letzten Jahrzehnts hat das naturgemäß schon egoistisch eingestellte Denken des Unternehmertums zu einem noch selbstfüchtigeren, engstirnigeren gemacht, es so auf die Spitze getrieben, daß es zu einer Gefahr für den deutschen Kapitalismus wurde, auf die Dauer im Internationalen Wettrennen bestehen zu können. Rationalisierung selbst im herrschenden Regime aber hat nur dann seinen Zweck erfüllt, wenn dem ersten Schritt der Verbilligung der Produktionskosten, der Vergrößerung der Rentabilität des Unternehmens, sich auch logisch diejenigen Schritte anreihen, die eine weiterwirkende Anregung zur besten Ausnutzung des Produktionsapparates, zur Stärkung der Konsumkraft und damit zu der in der kapitalistischen Wirtschaft notwendigen weiteren Ausdehnung des Produktionsapparates bringen. Man muß sich doch über eines klar sein: Wir haben nicht nur auf technischem und organisatorischem Gebiet dasjenige nachzuholen, was im Taumel der Kriegs- und Inflationsjahre versäumt worden ist, sondern müssen uns vor Augen halten, daß auch jetzt die Entwicklung in den Konkurrenzländern nicht stillsteht, ja daß man insbesondere in der neuen Welt rastlos tätig ist, die Wirtschaft noch strenger durchzuorganisieren, weitere Reichtumsquellen zu erschließen und so inuner größere Überlegenheit zu entwickeln.

So ist also die Aufgabe nicht nur diejenige, das bisher von der überseeischen Konkurrenz Erreichte auch auf Deutschlands Wirtschaft zu übertragen, sondern die dauernden Entwicklungsgesetze wieder zur vollen Geltung zu bringen. Das setzt freilich voraus eine völlige Umstellung in der Denkweise des deutschen Unternehmertums. Ist doch nach seinen Begriffen unter „Wirtschaft“ nur die Gesamtheit der Besitzer der Produktionsmittel zu verstehen. Wenn wir hiergegen polemisieren, so tun wir es keineswegs etwa deshalb, weil wir uns gegen eine falsche Begriffsbestimmung ereifern. Sondern weil dieser anmaßliche und zugleich falsche Begriff Ausgangspunkt für eine ebenso falsche und engstirnige Wirtschaftspolitik ist. Da man das Unternehmertum als den Inbegriff der Wirtschaft auffaßt, glaubt man auch die Rationalisierung bereits durchgeführt zu haben, wenn man die gegenwärtigen Ansprüche der Unternehmer befriedigen kann. So erwächst aus dem einseitig, willkürlich und eng konstruierten Begriff der Wirtschaft eine ebenso enge aber noch weit gefährlichere Auslegung der Rationalisierung.

Wer von „Wirtschaft“ spricht, muß daher alle ihre Bestandteile im Auge haben; zu ihr gehören auch, und zwar in erster Linie alle in ihr tätigen Menschen, denen Produktion, Verwaltung und Verteilung aller Güter obliegt; und nicht zuletzt auch die Gesamtheit der Verbraucher. Veränderungen in der Wirtschaft müssen daher geprüft werden in ihrer Wirkung auf alle ihre Teile; eine Unterlassung dieser Aufgabe müßte sich schließlich an dem dafür Verantwortlichen selbst rächen, eine Rationalisierung, die diese Bezeichnung zu Recht trägt, muß darum neben der Rentabilität der Unternehmung zum Ziele haben, durch Verbilligung der Herstellungskosten den Konsum zu steigern und damit die Kaufkraft zu vergrößern, dadurch aber auch die Voraussetzungen zu schaffen für die Fortführung der Produktion auf erweiterter Grundlage. Unterlassen die Leiter der deutschen Privatwirtschaft, die innere Verkettung all dieser Maßnahmen zu berücksichtigen, bleibt auch die verantwortliche politische Leitung diesem Umstand gegenüber untätig, so wird man zu spät erkennen müssen, daß man unfähig war, aus den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts die Lehren zu ziehen und daß man trotz der verschiedensten technischen und organisatorischen Maßnahmen in diesem entscheidenden Augenblick eine wirkliche Rationalisierung unterlassen hat.

Sinzu kommt, daß es nicht nur rein wirtschaftliche Erwägungen sind, die die Haltung der Unternehmer bestimmen. Die Art und Weise, wie sich in Deutschland der Rationalisierungsprozeß vollzieht, bringt durch die Kapitals- und Betriebszusammenlegungen eine starke **Machtzusammenballung** des Kapitals mit sich, dem ein starker Druck auf die Arbeiterschaft gegenübersteht. Bis jetzt wurde versucht, die ganzen Folgen des Abbaues ausschließlich auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, nicht nur durch Entlassungen, sondern auch durch Versuche von Lohnkürzungen, versuchte und zum Teil auch durchgeführte Arbeitszeitverlängerungen und Bestrebungen, sozialpolitische Abbaumaßnahmen durchzuführen.

Alle diese Bestrebungen aber stehen im schroffsten Widerspruch mit dem Sinn der Rationalisierung. Nicht die Länder mit den miserabelsten Arbeitsbedingungen stehen an der Spitze der Konkurrenzfähigkeit, sondern Staaten, die die höchsten Löhne und den besten Lebensstandard ihrer Arbeiterschaft aufweisen. Gewiß trachtet der einzelne Unternehmer danach, seinen Absatz

zu erhöhen; dabei spekuliert er im stillen darauf, daß er Konkurrenten im eignen Lande aus dem Felde schlägt, und vor allem darauf, daß andere Industriezweige durch entsprechende Lohngestaltung die Kaufkraft der Verbraucherschaft erhöhen mögen. Da diese Denkweise aber recht-allgemein ist, dreht man sich im Kreise herum, während unsere Konkurrenzländer weiter emporsteigen. Unterdessen übersteht das deutsche Unternehmertum diese großen Gesichtspunkte in dem Bestreben, mit dem Mittel der Rationalisierung das Machtverhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu seinen Gunsten umzugestalten, ein Arbeitslosenheer von zwei Millionen und mehr schafft keine allzu günstige Situation, um die Lebensbedingungen der noch in Arbeit Stehenden zu verbessern. Eine schlecht entlohnte Arbeiterschaft, so spekuliert man weiter, ist politisch ungefährlicher als ein Proletariat, das Anteil hat an dem durch Verbesserung der Produktion möglichen größeren Warenvorrat. So sehen wir, daß nicht nur die wirtschaftliche Grundlage das Denken beeinflusst, sondern daß eine Wechselwirkung stattfindet und das politische Denken und Machtstreben Rückwirkungen auf die Wirtschaft hat. Die deutsche Bourgeoisie ist seit ihrem Emporkommen beherrscht von der Furcht vor dem aufsteigenden Proletariat. So kam es, daß in keinem Lande so sehr wie in Deutschland das Bürgertum rasch auf die Verwirklichung seiner eigenen Ideale verzichtete und darum Monarchie und Halbabsolutismus noch bis in die neueste Zeit hineinragen ließ, bis diese seine Feigheit Deutschland nahe an den Rand des Abgrundes führte und schließlich das Proletariat im revolutionären Kampf den feudalistischen Plunder beseitigte. Jetzt wiederum ist es die Angst vor dem Proletariat, die auf wirtschaftlichem Gebiet sich den Geboten der Vernunft hemmend entgegenstellt und bekräftigt dadurch wieder einmal, daß man außerstande ist, Lehren von der Geschichte zu empfangen. Eine andere Frage aber taucht in diesem Zusammenhange auf: Die proletarische Revolution hat eine Demokratisierung des politischen Lebens durchgeführt, der Volksvertretung das Recht zur Bestimmung seiner Regierung gegeben, dem Parlament neben Rechten auch eine hohe Verantwortung übertragen. Bis jetzt aber war das Parlament nur dazu da, die Opfer der kapitalistischen, einseitig und nur bruchstückweise durchgeführten Rationalisierung dürftig zu versorgen. Aber auch die Vertretung des deutschen Volkes muß sich erinnern, daß der wichtigste Grundsatz der modernen Wissenschaft die Prophylaxe ist, die Vorbeugung gegen Eintritt des Falles, der ein Eingreifen erfordert.

Es ist in dieser Situation Pflicht des Parlaments und der Regierung, insbesondere aber des Arbeitsministeriums, durch Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen darauf hinzuwirken, daß die Allgemeinheit nicht mit vermeidlichen Ausgaben belastet wird. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist nicht ein Schachern um die Höhe der Unterstützungen oder Vorvergebung von Aufträgen öffentlicher Anstalten. Einer wirklich wirksamen Hilfe muß vorausgehen eine klare Diagnose. Wie aber kann diese Diagnose, diese klare Feststellung des tatsächlichen Zustandes unserer Wirtschaft zuverlässig vorgenommen werden, wenn in Deutschland weiter wie bisher die Heiligkeit des Geschäftsgeheimnisses wie ein Hausaltar gehütet wird. Man wird gewiß den Vereinigten Staaten von Amerika keine Kapitalfeindlichkeit vorwerfen wollen. Nicht mit Unrecht aber spricht man von dem „statistifrohen

Amerika", das indessen seine Wirtschaftsstatistik nur deswegen so weit ausbilden konnte, weil in Amerika nicht entfernt so sehr als bei uns das Geschäftsgeheimnis zwischen den Betrieben steht. Besteht doch dort selbst für die nichtgesellschaftlichen Betriebe die offene Vermögensangabe. Im ehemals kapitalarmen Koloniallande zwangen die besonderen Umstände des Kreditwesens zu dieser Offenlegung. Kann aber jemand leugnen, daß die schwere Wirtschaftskrise, die nun Millionen des deutschen Volkes heimsucht und deren Ende keiner unserer Wirtschaftsführer vorauszusagen vermag, mindestens eine gleiche Offenlegung erfordert? Muß sich eine Staatsverwaltung nicht eine klare Unterlage dafür schaffen, auf wie lange Zeit sie noch den Steuerzahlern — und das sind in Deutschland bekanntlich in erster Linie die breiten Schichten der Arbeitenden — die schwere Bürde der Milliardenlast für die Opfer der besonderen Art von Rationalisierung, wie sie zumeist bei uns durchgeführt wird, zumuten kann? Diese Offenlegung der Geschäftsverhältnisse hat in Amerika doch wahrlich nicht die Ansammlung von Reichtum verhindert — im Gegenteil hat dort die Verallgemeinerung, der Austausch der Erfahrungen den wirtschaftlichen Fortschritt verallgemeinert und die Wirtschaft zur jetzigen Höhe gebracht.

Die gleiche Offenheit war aber in unserm Lande niemals notwendiger als heute. Aus zwei wichtigen Gründen: Zunächst muß auch in dem unter viel schwierigeren Bedingungen lebenden Deutschland der Fortschritt weitgehendst verallgemeinert werden. Sodann aber liegt es im direktesten Lebensinteresse der Nation, daß die Rationalisierung in ihrer Gänze durchgeführt und keineswegs nur vom Unternehmertum nur zur Verbesserung seiner sozialen Machtposition benutzt werden kann. Rationalisierung muß sich darum nicht nur auf das tote Material, sondern auch auf den lebenden Bestandteil der Produktion beziehen. So ist es ein Widerspruch in sich, im Zeichen der Steigerung der Ergiebigkeit der Produktion eine Verlängerung der Arbeitszeit zu erstreben. Ebenso hat die Nation und die gesamte Volkswirtschaft so lange keinerlei Vorteil von der Rationalisierung — für die sie doch schwere Lasten trägt —, als an der gesteigerten Ergiebigkeit der Arbeit die Arbeitenden selbst keinen Anteil haben. Erst die Verallgemeinerung dieses Anteils wird geeignet sein, zwei weiteren Quellen der Krise zu begegnen: Der zu geringen Kaufkraft wie der noch mangelnden ausreichenden Kapitalkraft. Steigerung der Kaufkraft — durch Preisminderung und Lohnsteigerung — muß das eine Ziel einer Rationalisierung sein, an der die Nation ein Interesse haben kann, und dessen Verwirklichung schafft zugleich die Voraussetzung zur Überwindung des Kapitalmangels. Denn auf die Dauer wird man ja nicht nur von ausländischem Kredit leben können, man wird diesen nicht nur verzinsen und amortisieren, sondern auch für Bereitstellung weiterer ausreichender Kapitalien sorgen müssen.

So drängt sich bei einer kühlen und gründlichen Betrachtung unseres derzeitigen Wirtschaftsstatus gebieterisch die Forderung auf: Parlament und Regierung haben darauf hinzuwirken, daß die Rationalisierung sich auf alle Bestandteile der Wirtschaft erstreckt und zu diesem Zweck eine viel weitgehendere geschäftliche Offenheit erzwungen werde.

Als ein wichtiges Mittel zur Erreichung der Verallgemeinerung der Rationalisierung hat die Regierung das Mittel der Lohnpolitik in der Hand.

Sie muß es gebrauchen und die Begründung hierfür liegt nicht in der Notwendigkeit des Schutzes des wirtschaftlich Schwachen (wir wissen, daß wir in dieser Richtung nicht zu viel von einer kapitalistischen Regierung erwarten dürfen), sondern in der Pflicht, auf das Wohl der gesamten Volkswirtschaft einzuwirken, einer Verlängerung oder raschen Wiederholung von Krisen vorzubeugen und so die Grundlagen dafür zu schaffen, daß Deutschland seinen übernommenen Verpflichtungen nachkommen und sich selbst im Konzert der Nationen behaupten kann.

...

Die Nöte des Kapitalismus

Viktor Stein (Wien)

Ab und zu begegnen wir in der bürgerlichen Presse Betrachtungen des wirtschaftlichen Lebens, denen man die bange Sorge ansieht, ob denn das, was sich jetzt abspielt, noch mit dem Maßstab einer wenn auch sehr großen, aber immerhin — sagen wir — normalen Krise gemessen werden kann. Die Berichte vom „Krankenlager der Wirtschaft“ lauten für gewöhnlich wenig ermutigend und schon gar nicht zuversichtlich, viel eher trostlos. Das spricht Bände und ist doch begreiflich, wenn auch dem normalen Wirtschaftsleben, das Hoffnungsfreude und Glauben an Erfolge braucht, eigentlich fremd. Aber es handelt sich ja um Berichte vom Lager eines Kranken.

Diagnostiker aller Grade und Arten sind bemüht, die Krankheit zu erkennen, eine richtige Diagnose aufzustellen. Darin dürfen wir den Beweis erblicken, daß es sich um eine ganz besondere Krankheit handelt, um einen außergewöhnlichen Fall, dem gegenüber alle bisherigen Erfahrungen zuschanden werden. Krisen, das waren für den Praktiker der Wirtschaft bislang Störungen im Absatz hergestellter Güter, die entweder in der Überfüllung des Marktes oder in der Geldknappheit ihren Grund hatten. Kapitalisten und Proletarier, die an der praktischen Wirtschaftsarbeit mittaten, mußten die Tatsachen respektieren; die einen minderten die Produktion, die andern suchten die Arbeiterschaft vor besonderem Schaden zu schützen. Die Theoretiker, die doch immer das Ganze betrachten, also auch nicht von lebendiger, unmittelbarer Anteilnahme aktiver oder leidender Art beeinflusst waren, boten uns die Grundlagen für die praktische Arbeit, für den Kampf gegen die Krisenwirkungen und Krisenfolgen.

Wir besitzen eine prächtige Theorie der kapitalistischen Krisen von Karl Marx, eine Theorie, die uns unleugbar die wertvollsten Dienste erweist, erwiesen hat. Und soweit sie von Marx' Auffassung abweichen, haben auch bürgerliche Theoretiker in der Krise eine „Störung des Gleichgewichts zwischen Produktion und Konsumtion“ erblickt, welches Gleichgewicht sich darin äußern soll, daß „die erzeugten Gütermengen ebenso sehr ungestörten Absatz finden als auch die Nachfrage nach Gütern ohne weiteres befriedigt werden kann, ohne daß beides erst durch außergewöhnlich hohe oder niedrige Preise ermöglicht werde.“ (Mombert in der Einleitung zum Bändchen „Wirtschaftskrisen“ in der Sammlung „Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie“.) Das also ist das erwünschte Gleichgewicht in der kapitalistischen Wirtschaft: ungehemmte Gütererzeugung soll ungestörten Absatz zu gewinnbringenden Preisen finden und die Nachfrage soll reibungs-

los, ohne besondere geldliche Opfer befriedigt werden. Die Erklärung besagt dem sozialistisch eingestellten Betriebsrat und Gewerkschafter neuerdings mit aller wünschenswerten Schärfe und Klarheit, was seit je, seit Marx' Theorie, ein Teil unseres Bekenntnisses und die Grundlage unserer taktischen und methodischen Maßnahmen ist, nämlich daß die Krisen ausschließlich eine Begleiterscheinung oder — wenn man es so will — eine Wirkung der kapitalistischen Art des Wirtschaftens sind. Weil der Kapitalismus ungehemmt Güter herzustellen für sein oberstes Recht erachtet, das er auch gründlich ausnützt, verursacht er in gewissen, einmal kürzeren, das andere Mal längeren Zeitabständen eine Überfüllung des Marktes, auf dem dann die Preise zurückgehen, bis — um ein beliebtes Wort anzuwenden — die Konkurrenzfähigkeit er stirbt, das heißt man mit geringem oder gar ganz ohne Gewinn verkaufen muß. Das aber bedeutet, daß für den Kapitalisten, der ja nicht für den Bedarf, sondern für den Verkauf (mit Gewinn) arbeitet, die Wirtschaft ihren Zweck verliert. Er ist dann bemüht, den Zweck wieder herzustellen, indem er in seiner Herzengüte Arbeiter entläßt, denn er kann warten; er hat Güter auf Lager, von deren Verkauf er leben kann, ohne noch weiter Arbeiter mit Lagerarbeiten beschäftigen zu müssen. Jede Krise ist also eine Krankheit der Wirtschaft, aber eine verhältnismäßig harmlose Krankheit, deren Verlauf schon typisch ist. Man kennt die Krankheit in ihrem Ursprung, in ihrem Verlauf, in ihren Äußerungen und hat auch schon die Heilmittel zur Hand.

Und jetzt versagt alle die Erfahrung, all das Wissen, alle Kunst. Wir wollen nicht einseitig sein: auch wir sind mit unseren Methoden, mit unseren Mitteln, die wir bislang angewendet haben, am Rande. Und doch besteht für uns in Anbetracht dieser ungeheuren Krise mit ihren Hunderttausenden von Arbeitslosen, von Kurzarbeitern, mit ihren ungeheuren Lohnabbauversuchen und ihrem Kampfe gegen die sozialpolitische Belastung um so mehr die Aufgabe, unseren Freunden Aufschluß zu geben, ob und inwieweit wir sie zu schützen vermögen. Was haben wir an Methoden und Mitteln angewendet? Verkürzung und Regelung der Arbeitszeit; wir haben sie erreicht, wenn auch nur grundfänglich. Unterstützung der Erwerbslosen; auch da könnten wir höchstens Verbesserungen anregen. Die Regelung des Arbeitsangebots ist durch Nachweise in die Wege geleitet. Notstandsarbeiten werden, vielleicht in ungenügendem Maße, aber immerhin vergeben. Und doch überall die ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit. Das lehrt uns, nicht daß unsere Methoden falsch sind oder waren, sondern daß die gegenwärtige Krise etwas anderes ist, als was man bisher mit diesem Namen bezeichnet hat.

Aber es geht nicht uns allein so. Man betrachte doch die bürgerliche Welt. In ihr herrscht Verwirrung, die sich in widersprechenden Vorschlägen, die sich in der Verwerfung dessen äußert, was man früher als unfehlbar bezeichnete. Schon die neuen Begriffe, auf die Prof. Girsch in Bremen witzig aufmerksam machte, die vom parlamentarischen Ausschuß zur Untersuchung der deutschen Wirtschaft geprägt wurden und nun im „Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung“ wiederkehren, nämlich die Worte von „Strukturveränderung“ und „Konjunkturschwankung“ lehren uns die Größe der Verwirrung ahnen, welche diese Krise im Lager der bürgerlichen Wirtschaftstheoretiker und -Praktiker heraufbeschworen hat. Konjunkturschwankung

— ja, ist das nicht eben die Krise? Strukturveränderung, ist das nicht das Bekenntnis, daß man nicht von einer Störung des Gleichgewichts, sondern von einer organischen Änderung der Wirtschaft zu sprechen hat? Nein, das ist keine gewöhnliche, keine normale Krise, das ist etwas ganz anderes.

Man ist nicht konkurrenzfähig, das bedeutet wohl, daß man nicht so billig verkaufen kann, wie der Konkurrent. Aber — verkauft der? Ist sein krampfhaftes Beginnen, sein Versuch, in andere Märkte einzudringen, sein Bemühen, den Fremden in sein Gebiet nicht einzulassen, auch um den Preis einer argen Minderung des eigenen Gewinnes nicht eben die Bestätigung, daß — auch er nicht konkurrenzfähig ist? Man konnte uns früher den Achtstundentag nicht geben, weil ihn die anderen Länder nicht geben; und heute werden wir (zum Beispiel von Professor Cassel) belehrt, daß die internationale Regelung der Arbeitszeit eine Gefahr für die Konkurrenzfähigkeit ist. Etwas stimmt nicht. Die bisherige Erklärung der Krise paßt auf die heutigen Verhältnisse nicht. Das wäre an sich nichts Schreckliches, aber es kann uns irre machen, kann uns auf falsche Wege drängen, die sich an uns böse rächen, die uns abwehrunfähig machen könnten.

Deshalb sei rund heraus gesagt: das ist keine Krise der kapitalistischen Wirtschaft, das ist **eine Krise des Kapitalismus selbst**. Die Produktionskräfte der Zeit sind in Widerspruch mit den Notwendigkeiten und Möglichkeiten: der Kapitalismus ist krank. Viel größer, als wir gemeinhin annehmen, sind die Erschütterungen; ja wohl, es handelt sich um eine Veränderung der Struktur unserer Wirtschaft. Auf die kühnen Hoffnungen des Proletariats, auf die Sozialisierungsversuche folgte die kapitalistische Reaktion. Im großen, mit weit mehr Kühnheit als Einblick in die gesellschaftlichen Kräfte und ihre Entwicklung, mit weit mehr Brutalität als Verständnis glaubten die Kapitalisten ihre Vorherrschaft wieder aufzurichten zu können. Mit der ihnen eigenen Überheblichkeit verwahren sie sich gegen das Eingreifen der öffentlichen Hand in die Wirtschaft und belieben zu übersehen, daß sie selbst ganz andere Menschen geworden sind. Herr Stresemann hat es ihnen vor einiger Zeit höflich, aber auch deutlich gesagt, als er in einem Vortrag meinte: die Initiative und die Tatkraft der Unternehmer sei von der Kriegswirtschaft getötet worden. Ja wohl, die Unternehmer sind ausgestorben, die Männer, die etwas unternehmen, etwas riskieren wollten; geblieben sind uns nur Ausbeuter, die rasch und gründlich reich werden wollen und daher gegen die Feinde „unserer Konkurrenzfähigkeit“ ankämpfen. Bei einer Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftsdepression muß auch diese Strukturveränderung einmal aufgezeigt werden, ohne daß wir die andere, das größere Selbstbewußtsein der Arbeiter verschweigen wollten. Diese Veränderung der Struktur der Wirtschaft und Gesellschaft besagt aber, daß ein neues Ringen zweier Klassen, das seit je gewirkt hat, mit größerer Schärfe neu entfacht ist.

Der Kapitalismus ist in Not. Er hat die Welt gegen sich revolutioniert; er hat ungeahnte Kräfte frei gemacht, er hat die Operationsgrundlage der kapitalistischen Wirtschaft erweitert. Das Proletariat ist erstarkt, wenn auch augenblicklich die Zerrissenheit ihm die Ausnützung seiner neuen Machtpositionen unmöglich macht. Aber es hat eine andere Stellung. All das drängt zur Sprengung der engen Fesseln, die der Kapitalismus der Wirtschaft auferlegen möchte. **Der Kapitalismus ist krank.** Das ist die Wahrheit;

nicht in seinen Äußerungen, in seinem innersten Wesen liegt die Krankheit. Deshalb wollen wir uns unsern Kampf nicht verkleinern lassen. Sowohl, wir wollen unsere Interessen schützen, aber darüber hinaus gilt es Größeres, gilt es noch Erhabeneres. Der Kapitalismus ist krank. Für die ärztliche Praxis des sozialistischen Proletariats dürfte bald die Zeit kommen. Was wir heute schauernd und unter ungeheuren Schmerzen erleben, ist weit, weit mehr als eine der landläufigen, sagen wir Konjunkturschwankungen; es ist eine gewaltige Strukturveränderung, die bedingt vom Machtzuwachs des Proletariats und nicht minder von dem Versagen der kapitalistischen Wirtschaft in Kriegszeiten (es sei auch da wieder an die verschiedenen Ereignisse der Kriegszeit erinnert, an die patriotische Zuverlässigkeit des Kapitalismus, der aus Deutschland nach Rußland Drehbänke für Revolverherstellung gegen deutsche Soldaten, der aus Ungarn über das hungernde Wien Mehl nach Italien lieferte, an die Verdrängung der kapitalistischen Freiheit durch die zahllosen militaristischen Bindungen, ja des Unternehmers selbst durch den militärischen Leiter; es sei an die Rationierung und Rationierung der Lebensmittel erinnert; das waren durchweg „Strukturveränderungs“bestätigungen) zu einer neuen Form drängt. Wie gerne möchten die Kapitalisten der Welt einreden, daß die alte, die Zeit der ungehemmten Ausbeutung der Menschen, der unregelmäßigen Ausbeutung der Rohstofflager und des ungehinderten Produktionsbetriebes, also die Zeit der Anbetung des Gewinnes die einzig mögliche ist. Aber die auch von ihnen als notwendig angenehme und eifrig betriebene „Rationalisierung“ bestätigt, daß die bisherige Art nicht rationell, nicht vernünftig war. Ist das für die Menschheit so verlockend, daß sie zulassen könnte, daß man im alten Geleise fortfahre? Die Beseitigung zahlreicher industrieller Unternehmungen, anderer kapitalistischer Einrichtungen, wie Banken usw., unter dem Namen der Fusionierungen kann doch unmöglich anders gedeutet werden denn als Bekenntnis, daß wir zu viel von der Art hatten. Aber dieses zu viel ist doch eben kapitalistisch. Wer wollte, wer dürfte nach all dem leugnen, daß dieses dramatische Geschehen in unserm Wirtschaftsleben mehr ist als eine gewöhnliche Krise? Die Arbeiterschaft tut daher gut, wenn wenigstens sie einer Verdunkelung dieser Tatsache entgegenwirkt; wenn sie vor allem durch die Betriebsräte dafür Sorge trägt, daß die Arbeiter den wahren Charakter unserer Zustände erkennen. Das Ringen um neue Formen, das ist der größte Klassenkampf, das ist das revolutionäre Werden einer neuen Zeit. Wir haben darauf zu achten, daß diese neue Zeit unsere Macht trage. Der Tag mahnt uns, daß jetzt unsere revolutionäre Aufbauarbeit beginnt. Diese Erkenntnis und das Bestreben, ihr entsprechend zu handeln, wird unserm gewerkschaftlichen Wirken einen neuen idealistischen Schwung verleihen.

Lassen wir uns daher von den Schmerzen der Krise nicht kleinmachen; lassen wir uns vom Raunzen der Kapitalisten nicht unterkriegen. Die Nöte des Kapitalismus sind ein mächtiger Appell an uns, unsere Kräfte zu sammeln und bereit zu halten. Wir leben in einer bedeutsamen Zeit; laßt uns dafür sorgen, daß wir ihrer würdig bleiben, daß die Geschichte über uns einst nicht ein böses Urteil fällen muß. Geschlossenheit und Entschlossenheit, sozialistische Erkenntnis, revolutionäre Leidenschaft und gewerkschaftliche Treue und Disziplin tun uns jetzt mehr denn je not.

Die Entwicklungstendenzen des Welthandels

Dr. Judith Grünfeld (Sena)

I.

Die Depression, die auf der europäischen Wirtschaft immer noch schwer lastet, läßt das Außenhandelsproblem brennender denn je erscheinen. Die Entwicklungstendenzen des Welthandels verdienen daher die größte Beachtung auch seitens der Arbeiterschaft, die in den europäischen Industriestaaten immer stärker dem Elend der Massenarbeitslosigkeit preisgegeben wird. Will man nun die Verschiebungen, die innerhalb des Welthandels in den Nachkriegsjahren sich vollzogen haben, klar und richtig erfassen, so muß man sich zunächst die **Entwicklung** des Welthandels vor dem Kriege deutlich vergegenwärtigen. Nur ein derartiger Vergleich, der einen längeren Zeitabschnitt umfaßt, kann Aufschluß darüber gewähren, ob und in welchem Maße ein **Tendenzumschwung** im Welthandel der Nachkriegszeit vorliegt und inwiefern die Stellung Europas hierdurch beeinträchtigt wurde. In diesem Sinne sind die statistischen Angaben über die Entwicklung des Außenhandels der Welt in den Jahren 1870 bis 1905, die die bekannte englische Zeitschrift „The Economist“ vor kurzem veröffentlichte, von besonderem Interesse. Danach wies der Außenhandel der Welt von 1871 bis 1905 folgende Entwicklung auf (in Milliarden holländischer Gulden):

Jahre	Welthandel	Europa	Davon entfielen in Prozenten auf:			
			Amerika	Asien	Afrika	Australien
1871—1875	29,4	69,5	17,5	7,9	2,5	2,6
1876—1880	34,3	70,8	15,7	8,4	2,2	2,9
1881—1885	37,2	67,5	17,2	9,6	2,3	3,4
1886—1890	37,6	65,9	17,7	10,5	2,4	3,5
1891—1895	39,4	64,9	19,0	9,7	3,0	3,3
1896—1900	46,1	65,4	17,7	10,0	3,5	3,4
1901—1905	56,7	63,2	18,6	11,2	4,2	2,8

Diese Zahlen führen deutlich die ununterbrochen starke Zunahme der Umsätze des Welthandels von Jahr zu Jahr vor Augen. Zu Beginn des laufenden Jahrhunderts weist diese Steigerung ein besonders starkes Tempo auf. Die angeführten Zahlen geben aber insofern kein vollständiges Bild der tatsächlich erfolgten Zunahme der Außenhandelsumsätze, als die Preisveränderungen innerhalb des erwähnten Zeitabschnitts dabei nicht berücksichtigt wurden. Mit Hilfe der Preisindexe Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Deutschlands hat die erwähnte englische Zeitschrift die Preisveränderungen ausgeschaltet und gelangte nun zu folgenden Ergebnissen, die einen sehr interessanten Überblick über die Zunahme des Welthandels in der Vorkriegszeit gewähren (Umfang des Welthandels 1871/1875 = 100):

Jahre	Auf Grund der nominellen Umsatzzahlen	Auf Grund der bereinigten Preise
1871—1875	100	100
1876—1880	108	125
1881—1885	122	155
1886—1890	126	170
1891—1895	131	190
1896—1900	155	230
1901—1905	190	265

Wie man aus diesen Zahlen, die freilich keine absolute Genauigkeit beanspruchen können, ersehen kann, wiesen die nominellen Umsätze des Welt-handels in den angeführten 34 Jahren eine Zunahme von 90 Prozent auf und diese Steigerung erreicht die bedeutende Höhe von 165 Prozent, wenn man die inzwischen erfolgten Preisveränderungen ausschaltet. Aus dieser Zahl spricht deutlich das rasende Tempo der kapitalistischen Expansion vor dem Kriege. Europa marschierte damals an der Spitze und war in den Jahren 1871/75 mit mehr als zwei Drittel, mit 69,5 Prozent am Welt-handel beteiligt; dieser Anteil ging allerdings in den Jahren 1901/1905 auf 63,2 Prozent herunter. In dem Maße als Europa damals mit Hilfe seines Kapitalexportis die Erschließung der Neuländer betrieb, steigerte sich natur-gemäß allmählich der Anteil der letzteren am Welthandel. Die oben angeführten Zahlen über die prozentuale Beteiligung der verschiedenen Erd-teile am Welthandel widerspiegeln deutlich diesen Vorgang. Daß insolge- dessen der Anteil Europas in mäßigem Tempo zurückging, besagte damals nicht viel angesichts der starken absoluten Zunahme der Umsätze des Welt-handels.

An diesen steigenden Umsätzen waren alle Länder in stärkerem oder ge-ringerem Maße beteiligt. Was die wichtigsten Industrieländer anbelangt, so konnte man am Beispiel Großbritanniens beobachten, daß dessen Anteil am Welthandel bereits vor dem Kriege von Jahrzehnt zu Jahrzehnt merk-lich zurückging, so betrug er zum Beispiel im Jahre 1875 21 Prozent, im Jahre 1885 18 Prozent, im Jahre 1895 17 Prozent, 1905 16 Prozent und 1913 nur 15 Prozent des Welthandels. In dem Maße, als die industrielle Entwicklung in den anderen Ländern Fortschritte machte, ging eben der relative Anteil Englands, das als Industriestaat den anderen Ländern da-mals weit voraus war, allmählich zurück. Dieselbe Tendenz machte sich vor dem Kriege auch bei Frankreich bemerkbar, dessen Anteil am Welthandel von 12 Prozent im Jahre 1875 auf 8 Prozent im Jahre 1913 heruntergegangen ist. Der Anteil Deutschlands wies damals eher eine leise ansteigende Tendenz auf, indem er im Jahre 1875 12 Prozent, im Jahre 1913 13 Prozent des Welthandels betrug. Im Gegensatz zu England konnten die Vereinigten Staaten vor dem Kriege eine steigende Beteiligung am Welthandel ver-zeichnen, so daß ihr Anteil von 8 Prozent im Jahre 1875 auf 11 Prozent im Jahre 1913 gestiegen ist. Der Krieg und die Nachkriegszeit haben das Tempo dieser Steigerung stark beschleunigt. Um die zunehmende Beteiligung der Länder der „Neuen Welt“ am Welthandel der Vorkriegszeit zu illu-strieren, gruppiert der „Economist“ die Pazifikländer, die am Stillen Ozean gelegen sind (die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien, Neu-zeeland, Chile, Peru, Japan, China), und vergleicht sie mit der Gruppe „Atlantik“, das heißt Europa, Argentinien, Brasilien und Kuba. Es ergibt sich nun folgende beachtenswerte Zusammenstellung (der Welthandel 1875=100):

Jahre	„Neue Welt“ und Pazifikstaaten	„Atlantikgruppe“
1885	118	106
1895	137	126
1905	235	187

Während also der Außenhandel der Länder am Stillen Ozean in den angeführten 30 Jahren um 135 Prozent zunahm, betrug die Steigerung

bei den Ländern am Atlantischen Ozean mit Europa an der Spitze gleichzeitig nur 87 Prozent.

Von 1913 bis 1924 hat der Anteil der „Atlantikgruppe“ am Welthandel um 18 Prozent zugenommen, während die Steigerung bei der „Pazifikgruppe“ zur gleichen Zeit 92 Prozent betragen hat. In diesem einen Jahrzehnt der Kriegszeit hat die letztere Ländergruppe gegenüber der ersteren einen relativ größeren Vorsprung im Außenhandel erzielt als in den vier Jahrzehnten vor dem Kriege. Man kann die Bedeutung dieser Verschiebung zuungunsten des europäischen Handels in seiner ganzen Tragweite erst ermessen, wenn man bedenkt, daß auch absolut die Umsätze des Welthandels im Kriegsjahrzehnt hinter dem Vorkriegsniveau erheblich zurückblieben. Innerhalb dieser zusammengeschrumpften Umsätze des Welthandels war der Anteil Europas also erheblich geringer als vor dem Kriege, der europäische Außenhandel wurde somit in doppelter Weise absolut und relativ stark getroffen, im Gegensatz zur Vorkriegszeit, wo bei unausgesetzter starker Zunahme der Umsätze des Welthandels der Anteil Europas nur langsam abnahm.

Der Krieg hat den Aufschwung des Welthandels jäh abgebrochen. Erst im Jahre 1925 hat der Handel der Welt zum ersten Male in der Nachkriegszeit den Umfang von 1913 erreicht. Nach den amtlichen Angaben des amerikanischen Handelsministeriums betrug der Welthandel für 55 Länder, die neun Zehntel des gesamten Welthandels repräsentieren, im Jahre 1925 58,5 Milliarden Dollar gegen 37,9 Milliarden Dollar im Jahre 1913, das bedeutet nominell eine Steigerung um 54,3 Prozent, die sich mit der durchschnittlichen Weltteuerung gegenüber 1913 ziemlich genau deckt. Der Vergleich der Nachkriegszahlen mit den Vorkriegszahlen wird allerdings durch die territorialen Veränderungen und die staatliche Zersplitterung Europas infolge des Krieges erschwert. Der Güteraustausch zum Beispiel zwischen Österreich und seinen Nachfolgestaaten wird gegenwärtig als Außenhandel ausgewiesen, während er vor dem Kriege als Binnenhandel sich abspielte. Umgekehrt hat sich zum Beispiel der Außenhandel zwischen Frankreich und Elsaß-Lothringen in Binnenhandel verwandelt, man nimmt daher angesichts dieser entgegengesetzten Erscheinungen an, daß gewissermaßen ein Ausgleich vorliegt, was freilich nur auf ungefähren Schätzungen beruht.

Nach den erwähnten amtlichen amerikanischen Angaben gestaltete sich der Welthandel im Jahre 1925 gegenüber 1924/1913 folgendermaßen (Außenhandelsziffern in Millionen Dollar):

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1925	1924	1913	1925	1924	1913
Insgesamt 55 Staaten . . .	30,3	26,5	19,4	28,1	25,0	18,4
Europa (23 Staaten) . . .	18,6	16,5	13,8	14,5	13,2	11,8
Amerika (12 Staaten) . . .	6,8	5,7	3,5	8,0	7,4	4,0
Asien (11 Staaten) . . .	2,9	2,5	1,0	3,8	2,8	1,5
Afrika und Australien . . .	1,8	1,6	1,0	1,7	1,5	0,8

Aus diesen Zahlen kann man ersehen, daß der europäische Außenhandel im Jahre 1925 auf 33,1 Milliarden Dollar gegenüber 25,6 Milliarden Dollar im Jahre 1913 sich belief, die nominelle Steigerung um zirka 29 Prozent bleibt also hinter der mehr als 50prozentigen Preissteigerung seit 1913 erheblich zurück, was eben besagt, daß der Handel Europas hinter

dem Vorkriegsniveau zurückliegt, während der gesamte Welthandel dieses Niveau im vergangenen Jahre erreicht hat. Dies ist auf die Zunahme des Außenhandels Amerikas und des fernen Ostens, die ihre Umsätze gegenüber 1913 verdoppelt haben, zurückzuführen. Infolgedessen ist der Anteil Europas am Welthandel gemäß diesen Angaben von 67,9 Prozent im Jahre 1913 auf 56,8 Prozent im Jahre 1925 herabgesunken. Trotz dieses sehr erheblichen Rückganges im Laufe von 12 Jahren umfaßte der europäische Außenhandel im vergangenen Jahre immer noch mehr als die Hälfte der Gesamtumsätze der Welt. Betrachtet man aber die Einfuhr und Ausfuhr gesondert, so ergibt sich, daß die Einfuhr Europas im Jahre 1925 nicht weniger als 61,3 Prozent der Gesamteinfuhr der 55 untersuchten Staaten betrug, während das gleiche Verhältnis für den europäischen Export nur 51,6 Prozent der gesamten Welterporte ausmachte. Im Jahre 1913 dagegen war Europa mit 64 Prozent am Welterport beteiligt. Der Anteil Europas ist also auf der Ausfuhrseite erheblich stärker gesunken als auf der Einfuhrseite; hierin ruht eben das Schergewicht des europäischen Außenhandelsproblems, zumal Europa gleichzeitig aus einem Kapital exportierenden Erdteil in einen Kapital importierenden Erdteil sich verwandelte.

Ordnet man die Länder nach der Höhe der Ausfuhr, so nahmen im vergangenen Jahre die Vereinigten Staaten den ersten Platz ein, während vor dem Kriege Großbritannien an erster Stelle marschierte. Diese Stelle hat England nur als Einfuhrland bewahrt, als Exportland steht es im Jahre 1925 an zweiter Stelle, Frankreich nimmt den dritten und Deutschland den vierten Platz ein. Bei allem Rückstande gegenüber der Vorkriegszeit kann man beim Handel Europas im vergangenen Jahre eine erhebliche Zunahme gegenüber 1924 feststellen. Berücksichtigt man den Tiefstand des europäischen Außenhandels in den ersten Jahren nach dem Kriege, so bedeutete der Umfang des Außenhandels im Jahre 1925 einen beträchtlichen Schritt vorwärts.

Zur Wirtschaftskrise Deutschlands und Englands*

Steiger G. Werner

Die gegenwärtige Zeit ist für die geistige Einstellung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zur Wirtschaftskrise von entscheidender Bedeutung. Denn von der richtigen oder falschen Erkenntnis der Vorgänge, die sich jetzt abspielen, wird es abhängen, welches Lehrgeld die Arbeiterschaft Englands und Deutschlands bei der Überwindung der Wirtschaftskrise zu zahlen hat. Das Lehrgeld kann sehr hoch sein, es kann aber bei einer klaren Erkenntnis der Zusammenhänge ganz erheblich gemindert werden. In einer früheren Nummer dieser Zeitschrift habe ich die Verflochtenheit der englischen und deutschen Kohlenwirtschaft besprochen, die die Ursache der so überaus schwierigen Lösung der englischen Kohlenkrise bedingt. Heute möchte ich einmal auf die parallel laufenden Ursachen der

* Ohne uns in allen Einzelheiten mit den Ansichten des Verfassers zu identifizieren, möchten wir doch den Darlegungen des Genossen Werner, der in seinem Aufsatz recht bedeutsame Fragen aufwirft, gern Raum geben. Red.

gesamten deutschen und englischen Wirtschaftskrise eingehen. Rein sachlich werde ich den meisten Lesern dieser Zeitschrift nichts Neues sagen. Neu wird ihnen eigentlich nur die Bewertung der einzelnen Vorgänge im Gesamtproblem des Geschehens sein. Zum Verständnis der Ursachen, die mich zu dieser Art des Sehens veranlaßt haben, möchte ich einiges vorausschicken. Ich habe mir in den wochenlangen Verhandlungen der Sozialisierungskommission über unsere Reparationszahlungen und die Stabilisierung unserer Währung in den Jahren 1920 und 1921 mein eigenes Urteil über die Störungen in unserer Wirtschaft gebildet, und zwar besteht der grundsätzliche Unterschied zwischen meiner Ansicht und der allgemein üblichen eigentlich nur darin, daß ich Ursache und Wirkung ganz scharf von einander trenne. Ich habe unter dem Pseudonym „Paul Wagner“ im Herbst 1922 unter dem Titel: „Eine Ansicht zur Wirtschaftskrise“ eine Broschüre veröffentlicht, die meine Ansichten klar wiedergab. Sie ist kaum beachtet worden. Im Frühjahr 1924 sandte ich dann an den immerhin nach Hunderten zählenden Kreis meiner Freunde, mit denen ich im regelmäßigen Gedankenaustausch über wirtschaftliche Fragen stand, eine Ergänzung, die die Überschrift trug: „Wirtschaftskrise oder Wirtschaftsrevolution“. In dieser Ergänzung habe ich den Inhalt der ersten Broschüre wie folgt unrissen.

„Im vorigen Jahrhundert entwickelte sich mit der Erfindung der Maschine die Industrie. Alle Staaten verlangten Industrieerzeugnisse. England und Deutschland wurden die Lieferanten aller Länder. Das gab ihnen die Möglichkeit, aus Agrarstaaten Industriestaaten zu werden, wodurch sie ihre Bevölkerungsziffer mehr als verdoppeln konnten. England und Deutschland sind ohne fremde Konkurrenz groß geworden.

Mit Beginn des neuen Jahrhunderts begannen alle Staaten eigene Industrie zu entwickeln. Man wollte

1. Ausgaben ersparen,
2. für mehr Menschen Erwerbsmöglichkeiten schaffen,
3. die Herstellung verbilligen, weil man Frachtkosten sparen konnte oder billigere Arbeitskräfte hatte.

Die für die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands wichtigsten Rohstoffe und Halbzeugfabrikate sind jene, die mit Baumwolle, Wolle, Kohle, Eisen und Kupfer zusammenhängen. Auf diese Warengattungen entfiel vor dem Kriege die Hälfte und mehr aller Ausführartikel. Alle anderen Stoffe spielen im Vergleich mit ihnen eine verschwindende Rolle. Wir befinden uns jetzt in einem Emanzipationsprozeß aller Länder von den Industrien Deutschlands und Englands, unter dessen Wirkungen wir leiden. So wird in den Baumwollländern die Wolle an Ort und Stelle verarbeitet, die dort hergestellten Textilien schlagen jede Konkurrenz aus dem Felde. Die Konkurrenzfähigkeit Englands und Deutschlands auf diesem Gebiete wird vernichtet. Sie werden in diesem Kampf genau im gleichen Schritt zurückgedrängt, wie sich die Baumwollindustrien in den Erzeugungsländern entwickeln. Gnade gibt es hierbei nicht. In der Kohle ist Amerika der Konkurrent geworden. Die Förderziffer ist dort pro Mann und Schicht mehr als doppelt so groß als in England und Deutschland, weil die geologischen Verhältnisse viel günstiger liegen. Die Zurückdrängung der Kohle an allen Stellen, wo Wassertransport in Frage kommt, ist nur von der Schnelligkeit der Entwicklung bedingt, die der amerikanische Bergbau unter Berücksichtigung von Nebenfragen, wie Heranziehung von Arbeitern, Kapital usw., nehmen kann. Billige Kohle bedeutet aber billiges Eisen. Deshalb ist auch hierin Amerika im Vorteil. Außerdem hat es hochwertige Eisenerze, die Deutschland und England aus Schweden, Spanien, Marokko usw. einführen müssen. Die Ausschaltung Englands und Deutschlands vom Weltmarkt vollzieht sich aber noch auf einer Reihe anderer Gebiete, die allerdings von nicht so ausschlaggebender Bedeutung sind. Vor allem haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika sich im Laufe der letzten zwanzig Jahre Industrien zugelegt, in denen 40 Millionen Menschen ihr Brot finden und die vieles herstellen, was wir früher allein lieferten.

Die vorstehend geschilderten wirtschaftlichen Umstellungen sind die Ursachen der wirtschaftlichen Not in England und Deutschland, und es gibt kein Mittel, diese Entwicklung rückgängig zu machen und die Weiterentwicklung zu verhindern."

Diese Ansicht habe ich seit 1920 konsequent vertreten und die drohende Arbeitslosigkeit vorausgesagt. Denn Verlustquellen in der Wirtschaft addieren sich im Laufe der Jahre. Es ist wie im Arbeiterhaushalt. Ein Jahr lang jede Woche 1 *M* mehr Ausgabe wie Einnahme läßt sich verschmerzen. Wenn es aber 2, 3, 5 und 10 Jahre andauert, multiplizieren sich die 52 *M* pro Jahr und es geht im Haushalt drüber und drunter. Und wir kommen jetzt in die Zeit, in der sich die Fehlbeträge der letzten Jahre bemerkbar machen, weil das Manko in den drei Industrien bestehen bleibt.

Die Richtigkeit meiner Ansichten, soweit England in Frage kommt, wird durch das vor wenigen Wochen erschienene Buch des Leiters der sozialpolitischen Abteilung im deutschen Werkmeisterverband Dr. Fritz Croner „Sturm über England“ vollauf bestätigt. Dr. Croner behandelt in seinem Buch die Krise in England. Er sagt dem Sinne nach:

„Die frühere stürmische Entwicklung der Industrialisierung Englands beruht auf Eisen und Stahl, Schiffbau, Textilien und Kohle. In diesen vier Industrien ist ein katastrophaler Rückgang eingetreten, der die Wirtschaft Englands auf das schwerste erschüttert und der zu noch unübersichtbaren Konsequenzen führen wird. Es ist keine Aussicht vorhanden, Ausfälle, die in diesen Industrien entstanden sind und weiter entstehen werden, jemals wieder beseitigen zu können.“

Dr. Croner hat dieses Problem für England in seiner vollen Schärfe erkannt. Er konnte anhand der sich heute schon zeigenden Auswirkungen zahlenmäßig die Richtigkeit seiner Ausführungen beweisen. Das Buch ist jedem zu empfehlen, der sich geistig mit unserem Wirtschaftsproblem herumschlägt.

Für Deutschland liegen die Dinge zwar erheblich anders; sie sind nicht so schlimm wie für England, aber die 1,5 bis 3 Millionen Arbeitslose, die auch wir vermutlich in den nächsten Jahren haben werden, sind in stärkstem Maße auf die Produktionsausfälle in den drei Hauptindustrien, Kohle, Eisen und Textilien, und von dem was direkt und indirekt davon abhängt, zurückzuführen. Die Krise in diesen drei Industrien ist zu 90 vH die Ursache der Gesamtkrise. Alle anderen Schwierigkeiten in unserer Wirtschaft sind nur Auswirkungen, die von den Vorgängen in diesen drei Industrien hervorgerufen worden sind.

Erkennt man diese Ansicht als richtig an, wird die Beurteilung von Einzelheiten unserer Wirtschaftskrise erheblich erleichtert. Denn mit der Erkenntnis, daß mit einer dauernden Verminderung von mindestens 25 bis 30 vH unserer früheren Gesamtausfuhr infolge der Veränderungen in diesen drei Industrien zu rechnen ist, wird das Ziel der Gesundung nicht mehr beim Export, sondern bei der Innenwirtschaft gesucht werden. Man erkennt dann klar, daß unsere Rettung vor allem in einer Hebung des inneren Marktes liegt. Aus der Erkenntnis, daß man sich mit einem Jahresexport von 6 bis 8 Milliarden Goldmark als Normaldurchschnitt wird dauernd abfinden müssen, resultieren weitere Schlüsse. Der Betrag von 6 bis 8 Milliarden langt nur, um die für unsere Wirtschaft nötigen Rohstoffe ohne Lebensmittel einführen zu können. Dieser Betrag kann erreicht werden, weil wir Waren erzeugen, die uns aus Gründen des Güteraustausches vom

Weltmarkt immer abgenommen werden. Aber die Einfuhr von Lebensmitteln muß abgebaut werden, denn der Abbau der Einfuhr von Rohstoffen für den Betrieb unserer Wirtschaft wäre mit dem Schlachten des Huhnes zu vergleichen, das die Eier legt. Wir werden für die Dauer in unserer Wirtschaft ohnehin noch genügend Schwierigkeiten haben um soviel auszuführen, daß wir für den Erlös alle die uns fehlenden unbedingt notwendigen Rohstoffe kaufen können.

Das Lebensmittelproblem führt weiter zu einer eindeutigen Stellungnahme zum Bevölkerungsproblem. Wir müssen uns meines Erachtens in Deutschland auf eine Bevölkerungszahl einstellen, für die wir die Lebensmittelmenge selbst erzeugen können. Der regelmäßige Lebensmittellkauf im Auslande wird ja doch durch die Wirtschaft erzwungen. Es ist deshalb vom Arbeiterstandpunkte aus gesehen viel richtiger, sich gegen eine regellose Volksvermehrung auszusprechen und dadurch eine bessere Lebenshaltung zu sichern, als den Dingen ihren Lauf zu lassen. Die Not löst ja doch das Bevölkerungsproblem, bloß daß es dann viel schmerzhafter und erbarmungsloser geschieht.

Das sind ungefähr die Gedankengänge, zu denen man kommt, wenn man in unserer Wirtschaftskrise scharf zwischen den Ursachen und den Auswirkungen unterscheidet. Zieht man diese Gedankengänge bei der Beurteilung aller jener Vorgänge heran, die die Krise verschuldet haben sollen oder die Besserung bringen müssen, dann merkt man erst, welche Bedeutung dieser Scheidung innewohnt. Man lernt in Größenklassen denken. Die Lösung der Krise bleibt trotz der gewonnenen Einsicht noch genau die gleich schwere Aufgabe, wie bisher, bloß die Erkenntnis von Ursache und Wirkung ermöglicht es, einmal die Zahl der Falschlösungen zu vermindern, zum andern aber erhält wieder ein jeder gewerkschaftlich oder politisch organisierter Arbeitnehmer ein Fundament, welches ihm zu einem klaren Überblick verhilft.

:::

:::

:::

Der nächste Schritt

Innerer und äußerer Markt

F. Petrich (Gera)

Die Rationalisierung ist in vollem Gange und sie trägt ihre reichen Früchte. Freilich nur für die eigentlichen Nutznießer der kapitalistischen Wirtschaft, die Besitzer der Produktionsmittel, die Unternehmer. Sie haben viele arbeitsparende Maschinen, Menschen überflüssig machende Arbeitsmethoden eingeführt, den Produktionsprozeß vereinfacht. Im Kohlenbergbau sind die Erfolge dieser Rationalisierung am augenscheinlichsten: In zwei Jahren wurden 100 000 Bergarbeiter erübrigt und die Produktion trotzdem absolut gesteigert. Das ist ein Beispiel für viele. Andere Industriezweige machen ähnliche Fortschritte oder sie schicken sich an, es zu tun. Die Resultate dieser Steigerung der Produktivität der Arbeit kommen aber bisher ausschließlich dem Kapital zugute. Warum? Weil der deutsche Kapitalismus nach wie vor in der einseitigsten Weise profitmäßig orientiert ist. Er kümmert sich den Teufel um den Konsumenten, Bedürfnisbefriedigung und den inneren Markt. Ford sagt:

„Geldmenschen produzieren Dividenden, aber Techniker produzieren Waren. Das Geschäft ist in die Hand der Geldleute gekommen, und diese tun ihr Bestes, es sozial und finanziell zugrunde zu richten. Oft verfertigen sie ein mehr als zweifelhaftes Produkt mit unerschwinglich hohen Kosten. Das Profitstreben ist, obgleich man es für verständlich und praktisch hält, in Wahrheit ganz und gar nicht praktisch, denn es bedingt die Erhöhung der Preise für den Konsumenten und die Kürzung der Löhne. Daher verengt es beständig die Märkte und erdroffelt möglicherweise sich selbst.“

Weiter sagt Ford:

„Eine Maschine gehört nicht dem Menschen, der sie kauft oder mit ihr arbeitet, sondern der Allgemeinheit. Wir sehen das Geld der Allgemeinheit, das in Form von Profiten in das Geschäft fließt, nicht als eine Anlage an, welche Zinsen tragen soll. Das Geld gehört der Allgemeinheit. Die Profite sollen nicht abgeschafft werden, aber sie sollen allein zur Vermeidung von Vergeudung, zur Erzielung höherer Löhne und niedrigerer Preise verwendet werden. Der Profit wird zum Preis, welcher für die dem technischen Fortschritt entsprechenden Neuerungen gezahlt wird. Am Ende geht alles Geld zum Konsumenten in der Form niedrigerer Preise zurück. Und damit das System dauernd in Gang bleiben kann, müssen die Löhne immer eine Spanne über den Preisen stehen, damit stets genügend Kaufkraft vorhanden ist, um die Produktivität der Industrie voll auszunützen. Das ist das Lohnstreben, und dieses soll das alte Profitstreben ablösen.“

Diese Sätze sind eine Kritik des europäischen, insonderheit des deutschen Kapitalismus, dessen ganzes Streben während der letzten Jahre wieder auf die extremste Kapitalanhäufungspolitik gerichtet ist. Die Stärke des amerikanischen Kapitalismus beruht auf der Stärke des inneren amerikanischen Marktes. Diese Tatsache hat gewiß zum Teil natürliche Ursachen. In der Hauptsache aber ist die Stabilität des amerikanischen Marktes ein Ergebnis der Produktions-, der Preis- und der Lohnpolitik, namentlich des letzten Jahrzehnts. Die erhöhte Produktion wurde nicht nur verwandt auf Profitsteigerung und Kapitalanhäufung, sondern noch mehr für die Festigung des eigenen Marktes. Planmäßig wurden Preise und Löhne in ein solches Verhältnis zueinander gebracht, daß der Absatz und die Produktion fortgesetzt gesteigert werden konnten. Diese Wirtschaftspolitik ist eine der großen Quellen des amerikanischen Reichtums und der relativen Stetigkeit seiner wirtschaftlichen Entwicklung.

Die deutschen Kapitalisten haben eine Neuorientierung in diesem Sinne bisher hartnäckig abgelehnt. Sie betrachten die Vorteile der Rationalisierung als ihr Klassenprivileg, als ihr Monopol, die Rationalisierung hat aber ihren volkswirtschaftlichen Zweck völlig verfehlt, wenn ihr Nutzen lediglich einer kleinen Klasse von Kapitalbesitzern zugute kommt. Es ist höchste Zeit, den nächsten Schritt zu tun und die Rationalisierung im wahrsten Sinne volkswirtschaftlich auszuwerten, das heißt dem andern großen Produktionsfaktor, dem arbeitenden Menschen den ihm zustehenden Anteil an der allgemeinen Produktionssteigerung zu gewähren.

Damit dieser notwendige Wandel möglich wird, ist eine vollständige Neuorientierung nicht nur des deutschen, sondern des gesamten europäischen Kapitalismus geboten. Der geschwächte und zerrüttete europäische Markt kann nur dann wiederhergestellt und zu seiner natürlichen Funktion befähigt werden, wenn in jedem Lande der Anfang mit der Marktkräftigung gemacht wird. Die Taktik des sich gegenseitig Überlistens, wonach jede nationale Unternehmergruppe den Innenmarkt bis zur Blutarmut auspowert und im übrigen das Heil auf dem Auslandsmarkt sucht, muß aufhören. Da in Europa

die Kapitalisten aller Länder das gleiche tun, ist für alle sowohl der innere wie der äußere Markt ruiniert. Daraus folgt, daß dem Export um jeden Preis die Herstellung der höchstmöglichen Verbrauchsfähigkeit des Binnenmarktes vorausgehen muß. Was man vom Außenmarkt wünscht und erwartet, günstige Absatzmöglichkeit, muß vor allem auf dem heimischen Markt vorhanden sein. Wird dieser der einfachsten wirtschaftlichen Überlegung entspringende Grundsatz befolgt, so ist die durchgängige Hebung des Absatzes die sichere Folge.

Es liegt auf der Hand, daß das Beschreiten dieses allein richtigen Weges zugleich auch die einzige Möglichkeit bietet, der chronischen Krise zu entrinnen. Die gegenwärtige Krise hat ihre tiefste Ursache in dem gestörten Gleichgewicht zwischen den vorhandenen Produktivkräften und dem Unvermögen der arbeitenden und konsumierenden Menschheit, die von diesen Produktivkräften hervorgebrachten Waren zu verbrauchen. Der Verbrauch ist unmöglich, weil das Kapital restlos über alle produzierten Waren gebietet. Es hat jene Phase begonnen, von der Marx sagt, daß das Kapitalmonopol zur Fessel der Produktionweise wird. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums hat zwar nicht geschlagen und die Expropriateure werden noch nicht expropriert, wir müssen zunächst um Teilziele kämpfen. Ein solches Teilziel ist die Erklämpfung eines größeren Anteils der Arbeiterklasse an dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt, ist die Erweiterung des inneren Marktes (womit, da es beispielgebend wirkt, gleichzeitig der äußere Markt wächst) durch verbilligte Produktion, durch Preisenkung und Lohnerhöhung, ist die weitere Einflußgewinnung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen auf die wirtschaftlichen Dinge. Will der europäische und deutsche Kapitalismus schweren, gewaltsamen Erschütterungen entgehen, so müssen weitgehende Zugeständnisse an die Arbeiterklasse gemacht werden. Ohne diese Zugeständnisse gibt es kein dauerndes Vorwärts mehr. Die Verhältnisse drängen. Der erste Schritt ist getan, der zweite muß folgen.

Freie Wirtschaft und Subventionspolitik

H. W a t t u t a t (Stuttgart)

Die Wirtschaftsentwicklung steht nicht still, selbst wenn es manchmal so aussieht, als ob sie nicht vom Flecke käme. Solange der Wirtschaftsorganismus nicht aus inneren oder äußeren Ursachen in Verfall gerät, ihm nicht die Entwicklungsmöglichkeiten unterbunden werden, findet stets eine Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung statt. Nur geht diese Bewegung nicht immer geradlinig vor sich, sondern sie gefällt sich mitunter in den sonderbarsten Sprüngen. Das ist namentlich dann der Fall, wenn ihr gewisse Hemmungen entgegentreten, die mit den gewöhnlichen Mitteln nicht überwunden werden können und über deren Natur nicht genügende Klarheit herrscht. Dann beginnt ein Taften, Suchen und Experimentieren, das anzeigt, daß die sogenannten wirtschaftsführenden Kreise den Boden unter den Füßen verloren haben und mit ihrem Latein zu Ende sind, wenn sie es auch nicht eingestehen. Aber auch die Demagogie feiert in solchen Zeiten ihre Triumphe und weiß die Situation für sich auszunützen. Die Leidtragenden sind in solchen Fällen

stets die breiten Massen des Volkes, in der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung vor allem die Arbeiter.

Die kapitalistische Gesellschaft beruht auf dem Prinzip der freien, von keinen staatlichen Fesseln beengten Wirtschaft. Sie ist das Ergebnis der Reaktion gegen die merkantilistische Wirtschaftsauffassung des 17. Jahrhunderts, die ihr Ziel in der staatlichen Regelung des wirtschaftlichen Lebens sah. Dem Staat stand hiernach das Recht und die Pflicht zu, die wirtschaftlichen Verhältnisse nach allen Seiten zu beeinflussen, der wirtschaftlichen Entwicklung Weg und Richtung zu weisen sowie zu verhüten, daß sie davon abirrte. Der Merkantilismus bedeutete so die ausgesprochene staatliche Zwangswirtschaft, die sich der von ihr künstlich hochgezüchtete Kapitalismus gefallen ließ, weil er dabei seinen Vorteil fand. Solange er nicht fähig war, auf eigenen Füßen zu stehen, nahm er die dem Wesen des absoluten Fürstentums entspringende Bevormundung und die ihm gewährten Subventionen ruhig hin. Mit dem Augenblick jedoch, wo er sich seiner Selbständigkeit sicher fühlte, sprang er dem gleichen Staat an die Gurgel und brachte das absolute Fürstentum zu Fall.

In Deutschland vollzog sich dieser Übergang von der merkantilistischen in die kapitalistische freie Wirtschaft nicht in dieser revolutionären Weise. Das deutsche Unternehmertum wendete andere Methoden an, um sich der staatlichen Bevormundung zu entziehen, und es gelang ihm. Wie, das haben wir erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit in dem Kampfe gegen die durch den Krieg gebotene staatliche Zwangswirtschaft kennen gelernt. Bei der gegen diese Zwangswirtschaft eingeleiteten Heze waren bekanntlich die Unternehmer die ärgsten Rufer im Streit und sie ruhten nicht, bis auch der letzte Rest der staatlichen Zwangswirtschaft fiel. Die von ihnen den Verbrauchern in Aussicht gestellten Segnungen der freien Wirtschaft: Steigerung der Produktion, Senkung der Preise, Verbilligung der Lebenshaltung traten freilich nicht ein, denn das Unternehmertum hatte nichts Eiligeres zu tun, als die geschmähte staatliche Zwangswirtschaft in die viel schlimmere Zwangswirtschaft der von ihm gegründeten Kartelle umzuwandeln, die durch den staatlichen Zwang niedergehaltenen Preise in der unverschämtesten Weise zu erhöhen und bis auf den heutigen Tag hochzuhalten.

Das gleiche Schauspiel zeigte sich in dem Kampfe gegen die Sozialisierung. Wo von den öffentlichen Körperschaften des Reichs, der Länder und Gemeinden der Versuch zu gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen gemacht wurde, da setzte eine wütende, demagogische Heze dagegen ein. Die Wirtschaft war in Gefahr. Jeder wirtschaftliche Eingriff öffentlicher Körperschaften in das wucherische Treiben des Privatkapitals wurde als Überschreitung der ihnen zustehenden Befugnisse bezeichnet, das Spießbürgertum mit dem Gespenst der kalten Sozialisierung eingeschüchtert. Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen führten zum Ruin der Wirtschaft, sie waren nicht existenzfähig, mit ihrer Geschäftsführung den Anforderungen der veränderten Verhältnisse nicht gewachsen. Rettung war nur durch ihre Überleitung von der gemeinwirtschaftlichen in die privatwirtschaftlichen Unternehmungsform zu erwarten. So und ähnlich schallte es aus der kapitalistischen Presse. Diese Heze hat noch nicht aufgehört. Sie macht sich in besonders auffälliger Weise in dem Kampfe der Privatbanken gegen die öffentlichen

Kreditanstalten bemerkbar, die dem Privatkapital eine höchst unbequeme Konkurrenz entgegenstellen. Dieses Vorgehen gegen die gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen blieb nicht ohne Erfolg. Ihm ist es zuzuschreiben, daß eine Anzahl öffentlicher gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen eine Umwandlung in gemischtwirtschaftliche erfuhren, die Ausführung wichtiger gemeinwirtschaftlicher Projekte unterblieb und bedeutende Unternehmungen dieser Art, wie zum Beispiel die „Deutschen Werke“ zerschlagen wurden, obwohl sie billig und gut arbeiteten. Ähnlich steht es mit der öffentlichen Bewirtschaftung der Elektrizität, die wie kein anderer Industriezweig dazu geeignet war und überdies durch ein Gesetz vom Jahre 1919, das die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft bestimmt, festgelegt ist. Im Jahre 1922 wurde auf Grund dieses Gesetzes ein Entwurf ausgearbeitet, der die Einteilung des Reiches in Elektroversorgungsbezirke sowie den Zusammenschluß der Elektroversorgungsunternehmen in Elektrowirtschaftsverbände vorsah. Der Entwurf wurde jedoch auf Grund der gegen die gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen eingeleiteten Heße abgelehnt, indem man den vollkommen unhaltbaren Standpunkt einnahm, daß die Elektrizitätswirtschaft überhaupt keiner gesetzlichen Regelung bedürfe. Das hat zwar nicht verhindern können, daß unter dem Druck der wirtschaftlichen Entwicklung die Länder in der Hauptsache zu Trägern der Elektrizitätswirtschaft wurden und die gleiche Entwicklung in dieser Frage immer stärker zu einer Auseinandersetzung zwischen Reich und Ländern drängt.

Wie in Deutschland treten unter den gleichen wirtschaftlichen Einflüssen die gegen die Gemeinwirtschaft gerichteten kapitalistischen Bestrebungen auch in andern Ländern auf. So werden in Frankreich, Belgien und Italien Versuche zu einer Sanierung der Währung vorgenommen. Der Kapitalismus will sich darauf nur einlassen, wenn die Kosten dieser Sanierung nicht ihm, sondern den breiten Massen aufgebürdet werden. Er will aber noch mehr davon profitieren und fordert für die Duldung der Sanierung u. a. die Überführung der staatlichen Betriebe in den Besitz der Privatwirtschaft. Wer erinnert sich in Deutschland nicht der Forderungen eines Stinnes, der unter den gleichen Umständen die Lösung der Reparationsfrage durch eine Anleihe der Industrie und damit die Stabilisierung der deutschen Währung davon abhängig machen wollte, daß die deutschen Eisenbahnen der Privatwirtschaft ausgeliefert werden sollten. Überall das gleiche kapitalistische Gefindel! In Belgien will der Staat dem kapitalistischen Ansinnen nachgeben und Telegraph und Telephon einer privaten Gesellschaft ausliefern, die mit einem Kapital von 1800 Millionen Franken zu gründen beabsichtigt ist. Die gleiche Gefahr der Verschleuderung von Staatsbesitz besteht in Frankreich, wo eine Entschließung der Pariser Handelskammer die Veräußerung sämtlicher Staatsmonopole fordert, ähnlich wie sie das Wirtschaftsprogramm Mussolinis für die Stabilisierung der italienischen Valuta vorsieht.

In dem gleichen Atemzuge, wo der Kapitalismus aber nach Beseitigung der öffentlichen Wirtschaft schreit, weil diese angeblich nicht in die Befugnisse des Staates fällt, entblödet er sich nicht, von diesem Staate die weitgehendste Unterstützung zur Rettung der Wirtschaft, damit aber auch einen weitreichenden Eingriff der staatlichen Organe in die Wirtschaft zu verlangen. An Demagogie läßt dieses Verhalten nichts zu wünschen übrig. Der Staat

ist diesem Verlangen in weitem Umfange nachgekommen. Neben dem berühmten 700-Millionen-Geschenk an das Ruhrkapital hat er den industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmern die geforderten Subventionen in Form von Stützkrediten an Konzerne, Krediten zur Unterstützung ganzen Industriezweige, Krediten an die Landwirtschaft zur Beschaffung von Düngemitteln, Valorisationskrediten für Getreide und Kartoffeln, Exportkrediten, Entschädigungen für besondere Verluste, Ausfallbürgschaften usw. zum Teil zinslos, zum Teil gegen lächerlich geringe Zinsätze gewährt. Wie diese Subventionen an das Privatkapital bedeuten auch die auf dessen Drängen eingeführten und beträchtlich erhöhten Schutzzölle nichts anderes als staatliche Förderung der kapitalistischen Zwangswirtschaft zum Schaden und auf Kosten der steuerzahlenden und verbrauchenden Bevölkerung sowie zur Unterdrückung und gesteigerten Ausbeutung der arbeitenden Massen.

Mit dieser Förderung des Privatkapitals durch die gegenwärtig beliebte Subventionspolitik ist der Staat wieder zu dem alten merkantilistischen System zurückgekehrt, das bisher als überwunden galt. Es zeigt sich in seinen schlimmsten Auswüchsen. Deshalb muß die Frage aufgeworfen werden: Haben wir eine freie Wirtschaft oder nicht? Haben wir sie, und will der Kapitalismus die freie Wirtschaft, dann muß er genau so, wie von ihm die Eingriffe des Staates in das wirtschaftliche Betriebe abgelehnt werden, auch auf seine Subventionierung, gleichviel in welcher Form verzichten. Der Staat darf ihm keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln gewähren, denn die freie Wirtschaft beruht auf der Freiheit und Unabhängigkeit des Unternehmers, auf seinem alleinigen Risiko, auf der freien Konkurrenz. Durch die Subventionen des Staates an das Privatkapital wird diese Freiheit unterbunden, der freie Wettbewerb ausgeschaltet, eine private Monopolwirtschaft großgezüchtet, die wesentlich größere Nachteile im Gefolge hat, als jede staatliche Zwangswirtschaft, weil diese doch immer noch gemeinwirtschaftliche Interessen zu berücksichtigen hat, die der privatkapitalistischen Monopolwirtschaft völlig fern liegen. Also fort mit der Subventionspolitik in jeder Form!

Das zu verlangen, ist nichts Unberechtigtes. So hat es der Kapitalismus früher selbst gewollt, als er noch für die unbeschränkte freie Wirtschaft eintrat und deren Vorteile für die Gesamtheit wie für den kulturellen Fortschritt nicht genug preisen konnte. Will oder kann der Kapitalismus dagegen die staatliche Hilfe nicht entbehren, so sind von ihm wie von dem Staat die Konsequenzen zu ziehen. Das bedeutet, daß der Kapitalismus sich in solchem Falle eine Beschneidung seiner antisozialen Krallen gefallen lassen, ihm die Sicherung der den subventionierten Unternehmungen gewährten öffentlichen Mittel durch staatliche Kontrolle, die Beteiligung des Staates an dem Gewinn sowie Schaffung von Garantien für den Schutz der Arbeiter vor Entlassungen, Lohnkürzungen und Beeinträchtigung ihrer sozialen Rechte auferlegt werden muß. Auf diese Bedingungen wird der Kapitalismus freiwillig nicht eingehen, denn er weiß, daß er so dem Sozialismus nicht mehr enttrinnen kann. Das verpflichtet aber die Gewerkschaften erst recht, überall da, wo für kapitalistische Unternehmungen staatliche Subventionen in Frage kommen, deren Gewährung von der Anerkennung dieser Bedingungen abhängig zu machen.

Das Ende der vertikalen Konzentration?

Lony Sender

Die deutsche Wirtschaft hat unter dem Zeichen von Kriegswirtschaft und Inflation in den vergangenen zwölf Jahren eine sprunghafte, unorganische Entwicklung angenommen. Kein Wunder, daß in dieser Zeit auch wirtschaftliches Denken der ruhigen, unbeirraren Erwägung organischer Zusammenhänge und einer weitausschauenden Disposition entbehrte. Nun sind es kaum drei Jahre her, daß man zu dem skrupellosesten der Vertreter vertikaler Vertrustung, Hugo Stinnes, mit größter Hochachtung emporschaute, in ihm den großen, modernen Wirtschaftsorganisator bewunderte und durch ihn den Weg gewiesen glaubte zur Zukunft der vertikalen Vertrustung, der Zusammenfassung verschiedener aufeinanderfolgender Produktionsstufen zu zusammenhängenden Unternehmungen. Und damit glaubte man, daß die horizontale Form der Konzentration, die Zusammenfassung von Produktionsstätten des gleichen Fabrikates, im wesentlichen der Vergangenheit angehöre.

Inzwischen ist der große Koloss des Stinnes'schen vertikalen Inflations-trusts auf seinen tönernen Füßen zusammengebrochen und manches Opfer der Deflationskrise ist ihm gefolgt. Die deutsche Wirtschaft hat gleichzeitig in den letzten Monaten einen gründlichen Strukturwandel erfahren. Und mit derselben Unbedingtheit, ja Blindheit, mit der man die vertikale Konzentration Stinnes'scher Prägung seinerzeit als die Form moderner Wirtschaftsorganisation anbetete, ist man nun geneigt, diese Form vollkommen zu verwerfen und anzunehmen, daß sie abgelöst sei durch die Gliederung der Wirtschaft in horizontaler Konstruktion.

Sicher ist es ebenso falsch, aus den Erscheinungen inmitten einer schweren Wirtschaftskrise definitive Schlussfolgerungen für die künftige Entwicklung ableiten zu wollen, wie es verfehlt gewesen ist, die von der Inflation emporgetriebenen Gebilde als das Nonplusultra unserer Wirtschaftszukunft herauszustellen. Man darf nicht vergessen, daß der Sinn der heutigen Wirtschaftsführung die Sicherung von Kapital und Profit ist und daß darum die verschiedenen Organisationsformen in den jeweiligen Situationen ganz verschiedenen Wert besitzen. War in der Zeit der Inflation der Besitzer hauptsächlich von dem Gedanken geleitet, sein Kapital vor der schmelzenden Glut der Inflation zu schützen und es darum in den vor dieser Glut anscheinend sicheren Sachwerten erstarren zu lassen, wußte er damals, daß er sich keinerlei Sorge darum zu machen habe, ob er für seine Waren Abnehmer finde, so hat die Deflation diese Situation vollkommen gewandelt. Nunmehr zeigte sich, daß dem Zusammenraffen aller Arten Sachwerte keine konstruktive Idee zugrunde lag und daß man nun vor die Aufgabe gestellt war, die Wirtschaft wieder zu einem lebensfähigen Organismus umzugestalten. Nicht jeder „Sachwert“ erwies sich als Kapital. Maßgebend wurde wieder die Rentabilität. Darum galt es, das nicht lebensfähige auszumerzen. Das Radikalste zur Erreichung dieses Zieles wäre der freieste Konkurrenzkampf gewesen. Er hat nur zum Teil eingesetzt und sein Resultat drückt sich in der Liste der Konkurse und Geschäftszusammenbrüche aus. Daneben aber wurde auch der Weg der Verständigung der Konkurrenten untereinander beschritten und

Damit zunächst erreicht, daß die Preise so hoch angesetzt wurden, daß auch die minder leistungsfähigen Betriebe mit durchgeschleppt werden konnten. Es ist nicht zu leugnen, daß dieser Weg im Widerspruch steht zum Ziel der Rationalisierung.

Das Kartell muß nicht diesen Weg beschreiten, wiewohl es ihn in seiner letzten Entwicklung in Deutschland zumeist genommen hat. Und es kann sogar festgestellt werden, daß es diese Tendenz zur Mitschleppung unproduktiver Betriebe und Sicherstellung eines Extraprofits für fortschrittlichere Betriebe gewesen ist, die aus der Kartellmüdigkeit der Inflationsperiode eine wahre **Kartellkonjunktur** in den letzten Monaten werden ließ. Daraus ist auch erklärbar die starke Reigung zur **horizontalen Organisation** der Wirtschaft.

Diese läßt sich aber nicht nur von dem Gedanken leiten, die Preise so hoch anzusetzen, daß allen die Rentabilität gesichert ist, sondern ging auch dazu über, durch technische Reorganisation die Fabrikationskosten zu ermäßigen, um sich so den Absatz zu sichern. Es braucht an dieser Stelle nicht hervorgehoben zu werden, daß vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft diese letztere Form vorzuziehen ist, da sie mehr Wahrscheinlichkeit für eine positive Leistung auf produktionstechnischem und organisatorischem Gebiet bietet. In diesem Konzentrationsprozeß, der seinen stärksten Ausdruck in der Bildung des Ruhrtrusts und in der Interessengemeinschaft der Farbenindustrie gefunden hat, erblickt man die Bestätigung, daß die Zukunft der horizontalen Konzentration gehöre. Dabei läßt man sich jedoch von der Fiktion leiten, als wären die beiden erwähnten Trusts rein horizontale Zusammenfassung. Nichts irriger als dies. So enthält der Stahltrust bereits in den einzelnen Konzernen, die sich zu ihm zusammenschlossen, eine Reihe aufeinanderfolgender Produktionsstufen, umfaßt Kohlenzechen, wie Eisenhütten und Walzwerke. Und gar der Farbentrust ging so weit, sich die Köln-Rottweil A.-G. anzugliedern, um sich den Abnehmer für die Hilfsstoffe zur Herstellung von Kunstseide zu sichern, während zugleich diese Gesellschaft den Trust mit Hilfsstoffen für seine Filmfabrikation belieferte.

Will man sich darum ein Urteil bilden über die vorausgerichtliche Richtung unserer Wirtschaftskonzentration, so muß man sich zunächst klar werden über die hauptsächlichlichen Triebkräfte, die zu ihr hinleiten. Sicher ist zunächst der Wunsch nach **Aufrechterhaltung des Betriebes und seiner Rentabilität** wirksam. Dieses Verlangen ist der stärkste Kartellbildner und leitet auch zur horizontalen Konzentration. Aber damit hat man noch nicht allen Schwierigkeiten des Wirtschaftslebens gesteuert. Schwierigkeiten für das Einzelunternehmen können in der **Sicherstellung des Einkaufs** entstehen. Ihnen kann begegnet werden entweder durch Zusammenschluß zwecks gemeinsamen Einkaufs oder durch Angliederung von Betrieben, die das einzukaufende Material herstellen. Oder beide Schritte werden kombiniert: man schließt sich zusammen und erwirbt gemeinsam die Unternehmungen, durch die die Belieferung garantiert wird. Hier bereits greifen horizontale und vertikale Vertrustung ineinander über.

In direktem Zusammenhang hiermit steht das **kapitaltechnische** Moment, dessen Bedeutung in der nächsten Entwicklungsperiode auch bei uns immer stärkere Berücksichtigung finden muß. Wie soll unsere ärmere Wirtschaft eine

Belastung fragen können, von der die viel reichere amerikanische Wirtschaft sich längst frei gemacht hat? Wir meinen die Belastung mit Kapitalfestlegung und Zinsverlusten, die aus der bei uns noch üblichen großen Lagerhaltung entstehen. Von der Notwendigkeit größerer Lagerhaltung befreit uns auch der horizontale Zusammenschluß nicht; ja er kann sie sogar noch vergrößern. Ist es doch oft eine Existenzfrage für die Unternehmung, die Kontinuität der Betriebe aufrecht zu erhalten zu können. Jede Stockung kann nicht nur empfindlichen Kapital- und Materialverlust, sondern auch Verlust des Absatzmarktes bringen. Dagegen suchte man sich bisher auf dem Wege großer Lagerhaltung zu sichern. Große Lagerhaltung aber bedeutet teure Produktion, weil durch sie Kapital festgelegt wird und so der entstehende Zinsverlust berechnet werden muß. Der sicherste Schritt, dem zu begegnen, ist entweder die Angliederung bestehender Unternehmungen oder der Ausbau der eigenen in einer Weise, daß man selbst Hersteller aller Roh- und Hilfsstoffe ist und das ganze Risiko sich nur auf den Absatz des Endprodukts konzentriert. Mit dieser Maßnahme hat man sich aber zugleich auch die Überwindung dieser letzten Schwierigkeit erleichtert. Wird doch durch diese Zusammenfassung aller Stufen des Produktionsprozesses sowohl der jeweilige Zwischengewinn der verschiedenen Lieferanten ausgeschaltet, wie auch große Frachtersparnis bewirkt und schließlich die Grundlage für eine bessere Durchorganisation des ganzen Produktionsprozesses geschaffen, so daß, alle diese Faktoren zusammenwirkend, eine sehr erhebliche Herabsetzung der Produktionskosten und eine Überlegenheit der Konkurrenzfähigkeit herbeigeführt wird.

Nicht ausgeschlossen, daß trotz dieser vertikalen Konzentration dann noch ein kartellartiger Zusammenschluß der Industrie hinzukommt, um auch das Risiko des Absatzes noch weitgehend auszuschalten, doch wird dann wenig Neigung dazu bestehen, diese Bindung auf einer Grundlage des Schutzes rückständiger Unternehmungen durchzuführen; würde doch dadurch gerade der wichtigste Effekt des vertikalen Aufbaues vernichtet.

Unbehindert hiervon wird sich auch künftig in der Fertigindustrie die Tendenz zur Spezialisierung der Betriebe nebeneinander durchsetzen, ohne daß die eine Entwicklung die andere aufzuhalten oder nur zu stören braucht.

Und damit kommen wir zu der Schlußfolgerung, daß zwar deutsche Denkart sehr dazu neigt, aus einer Erscheinungsform eine absolute Wahrheit zu machen, daß aber stets die realen Bedürfnisse alle Dogmen niederreißen.

Und das praktische Leben hat uns bereits in einem Lande, das uns in der industriellen Entwicklung nur etliche Pferdelängen voraus ist, gezeigt, nach welcher Richtung der hochentwickelte Industrialismus tendiert. Lautet die Frage: Horizontale oder vertikale Konzentration?, so ist die Antwort bereits gegeben in dem amerikanischen **Horizontal-Vertikal-Trust**. Hier versucht man, alle Vorteile modernster Organisationserfahrung zu vereinigen und besonders bei Errichtung des Hauptbetriebes den günstigsten Standort ins Auge zu fassen. Sind hierbei die größten Vorteile für billigste Herstellung berücksichtigt, so fügt sich dem ein System an, das die beste Organisation des Absatzes zum Ziele hat. Mehr und mehr umgibt sich die Hauptunternehmung mit einem Kranz von Zweigfabriken, Montagefabriken und

Absatzstellen. So läßt sich eine weitgehende Standardisierung der Materialien verbinden mit starker Anpassung an die Bedürfnisse des Verbrauchs. Ist dieses System am weitesten durchgeführt in den Ford'schen Unternehmungen, so beschränkt es sich doch nicht hierauf, wird vielmehr immer allgemeiner. So wird damit auch der Gefahr einer Über-Zentralisierung begegnet, die leicht zu einer Überspannung auch der Betriebsvergrößerung führen könnte.

Aber auch der Zug zur Vergrößerung hat seine Grenzen und so sehen wir in den Vereinigten Staaten nicht nur im Handel, sondern auch in der **Verarbeitung** eine große Reihe von Filialbetrieben entstehen, und zwar nicht nur im eigenen Lande selbst, sondern auch im Auslande. Im letzteren Falle ist treibendes Moment wohl wesentlich mit der Wunsch, die ausländischen Zollmauern zu umgehen. Daneben wird aber auch bei uns mehr und mehr eine Arbeitsteilung innerhalb der verarbeitenden Industrien zu treten haben, denn erst dadurch werden unnötige Kosten ausgeschieden und Möglichkeiten für eine erhebliche Steigerung der Produktion geschaffen.

Das Entscheidende aber ist: Inmitten des heutigen Entwicklungstempos der Weltwirtschaft wird man diese Umstellung nicht mehr der sehr langsamen Entwicklung und Wirkung des Warenmarktes überlassen können, sondern der ganze Wirtschaftsapparat muß planmäßig und bewußt auf das Ziel höchster Leistung eingestellt werden. Einer der wichtigsten Hebel hierzu ist die geschäftliche Offenheit, die aber in Deutschland bis jetzt noch mit den dichtesten Schleiern umhüllt ist. Ein Requisit noch aus der zünftlerischen Zeit, das in unser Zeitalter nicht mehr hineinpaßt. Darüber hinaus aber muß, was freiwillig sich nicht vollzieht, im Interesse der Gesamtwirtschaft auch von der Vertretung der Gesamtheit, der Regierung, herbeigeführt werden. Ein schlechter Lebensstandard mag organisatorische Rückständigkeit noch für eine Zeitlang möglich machen. Aber nicht, ohne uns auf dem Weltmarkt das Vorwärtskommen zu erschweren. Deutschland aber trachtet seit Kriegsende danach, wieder als gleichberechtigt und gleichgeachtet im Konzert der Großmächte dazustehen. Diese Achtung indessen erringt man draußen nicht durch tönende Phrasen, sondern lediglich durch Leistung. Mit anderen Worten: Deutschland wird seine organisatorische Leistung in der Wirtschaft zu beweisen haben, nicht durch Versteifung auf ein Prinzip, sondern durch Anwendung **aller** geeigneten Formen. Und um dies durchführen zu können, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen die Hebung des Lebensstandards der breiten Massen, deren gesteigerte Kaufkraft nur die Basis erhöhten Wohlstandes sein kann.

:::

:::

:::

Werkschulbewegung und Dinta

Steiger H a l b e i l (Buer)

Unter der Parole: Der Kampf um die Seele unseres Arbeiters hat eine Bewegung eingesetzt, die der alten gelben Gewerkschaftsbewegung neue Wege weist, nachdem die alten nicht zum gewünschten Ziele geführt haben. Vor einiger Zeit wurde bekannt, daß man bei der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G., Abteilung Schalker Hütte, eine Werksschule besonderer Art eingerichtet habe und daß der Leiter derselben, Oberingenieur **Arnhold**, starke Propaganda für diese Art Schulen machte. Durch Vorträge bei einer Reihe von

Unternehmerverbänden und zahlreiche Presseveröffentlichungen gelang es ihm, das deutsche Unternehmertum für seine Ideen zu gewinnen. Die Gründung des „Deutschen Instituts für technische Arbeiterschulung“ (Dinta) in Düsseldorf gab die Grundlage für die Ausbreitung dieses Systems über die ganze deutsche Industrie. Namhafte Führer derselben, wie Bögler, Thyssen usw., gehören dem Verwaltungsrat dieses Instituts an, so daß klar sein dürfte, daß die Werkschulbewegung ein Faktor ist, mit dem man im Gewerkschaftsleben rechnen muß. Die Werkschulen haben, von der Metallindustrie ausgehend, heute bereits Eingang im Bergbau, in der Textilindustrie und in der Landwirtschaft gefunden. Um sich über Ziele und Wege dieser Bewegung zu orientieren, lasse ich die programmatischen Veröffentlichungen des Leiters derselben, Herrn Arnhold, in der „Berufsschulwarte“ folgen:

Zweck des Instituts

1. Durchführung von Menschenökonomie in Industrie, Bergbau und Landwirtschaft.
Insbesondere:

- a) Psychotechnische Auswahl und Eingruppierung von Lehrlingen, Arbeitern und Beamten.
- b) Heranbildung von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern in Lehrwerkstätten, Werk- und Industrieschulen, sowie Ertüchtigung derselben durch Turnen und Sport.
- c) Praktische Schulung von anzulernenden Arbeitern und Arbeiterinnen sowie Spezialarbeitern in Umlernwerkstätten. Theoretische Schulung in Kursen. Systematische Anleitung zum wirtschaftlichen Denken und zur Werksgemeinschaft durch Werkzeitungen.
- d) Erziehung der Arbeiterin sowie der Töchter von Werksangehörigen zu hauswirtschaftlicher Tüchtigkeit.
- e) Produktive Fürsorge bei alten und invaliden Arbeitern durch Schaffung von Alters- und Invalidenwerkstätten.

2. Werbung und Beratung auf dem Gebiete der Menschenökonomie.

3. Praktische Ausführung der erforderlichen Einrichtungen in den Betrieben sowie sachgemäße Überwachung und späterer Ausbau.

4. Heranbildung von Führern und Unterführern.

- a) Organisationsingenieure zur Führung von Einheiten.
- b) Ausbildungsingenieure für Werk und Zechen.
- c) Werkshulleiter und Lehrer.
- d) Ausbildungspersonal an Meistern und Vorarbeitern.

5. Zusammenfassung der Arbeiten der Soziologen, Psychologen, der Forschungsstellen und Bestrebungen auf dem Gebiete der Unfallgegenpropaganda, soweit der Faktor Mensch davon berührt wird.

Organisation des Instituts

1. Innere Organisation: Ein Kreis von führenden Herren aus Industrie, Bergbau und Landwirtschaft bilden den Verwaltungsrat, welcher einen aus drei Herren bestehenden geschäftsführenden Ausschuß ernennt, nach dessen Weisungen die Institutsleitung zu arbeiten hat. Für die einzelnen Industriezweige werden Sonderausschüsse gebildet, in denen die führenden Herren dieser Zweige Sitz und Stimme erhalten.

2. Äußere Organisation:

- a) Das Institut (deutsche) arbeitet zusammen mit den Fachvereinen und mit dem Langnamensverein sowie im Einvernehmen mit dem Berliner Arbeitsausschuß für Berufsausbildung (Industriearbeiternachwuchs), gebildet vom Reichsverband der deutschen Industrie, der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und dem Datsch.
- b) In Deutschland werden Industriegruppen zu Einheiten zusammengefaßt. Jede dieser Einheiten erhält einen Organisationsingenieur, der die Pläne des Instituts nach dessen allgemeinen Richtlinien sowie nach den Wünschen und Bedürfnissen der einzelnen Industriezweige und Werke verantwortlich durchzuführen hat. Diese Organi-

fationsingenieure bleiben in ihren Stellungen in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis vom Institut, insbesondere steht diesem das Recht der Versetzung und Abberufung zu. Ähnlich ist die Stellung der Ausbildungsingenieure gedacht.

Vorläufiges Arbeitsprogramm des Instituts

1. Ausbildung von 10 Organisations- oder Ausbildungsingenieuren.
2. Kursusmäßige Ausbildung von 12 Meistern und Vorarbeitern.
3. Einrichtung von Lehrwerkstätten usw. auf mehreren Werken und Betrieben.
4. Propaganda in Wort und Schrift.

Ich hatte Gelegenheit, unter Führung des Herrn Arnhold die Werkstätte der Schalker Hütte, also die Wiege der augenblicklichen Werkstoffbewegung zu besichtigen. Die jungen Leute, welche sich um Einstellung bewerben, werden auf Grund psychotechnischer und ärztlicher Untersuchung auf ihre Geeignetheit zu einem der in Frage kommenden Berufe geprüft. Der Lehrling wird dann in eine Lehrwerkstätte eingestellt, in der er mit der Handhabung der Werkzeuge vertraut gemacht wird, um dann mit der praktischen Arbeit dadurch zu beginnen, daß er sein Werkzeug selbst herstellt, das nach etwa zwei Monaten mit der Herstellung eines Metallsägenbügels vollendet ist. Der Lehrling steht nicht mehr wie früher unter der Aufsicht eines Gesellen, sondern alle Lehrlinge arbeiten zusammen unter einem Vorarbeiter in der Werkstätte, während alle Lehrlingswerkstätten unter dem Leiter der Werkstoffschule zusammengefaßt sind. Die Lehrlingswerkstätte muß so arbeiten, daß sie sich wirtschaftlich selbst trägt, das heißt sie darf keine Zuschüsse erfordern. Durch Bekanntgabe der wirtschaftlichen Ergebnisse der Werkstätte erzieht man den Lehrling zu wirtschaftlichem Denken. Der Lehrling verbleibt zwei Jahre in der Lehrlingswerkstätte, um dann in die eigentliche Werkstätte überzusiedeln, woselbst er jedoch auch weiterhin unter Aufsicht und Oberleitung der Werkstoffschule verbleibt.

Der Unterricht der gewerblichen Fortbildungsschule fällt für Werkstoffschüler fort, da anstelle der gewerblichen Fortbildungsschule die Werkstoffschule getreten ist, die vom preussischen Minister für Handel und Gewerbe als Berufsschule und Ersatz für die gewerbliche Fortbildungsschule anerkannt und genehmigt ist. Der Unterricht an der Werkstoffschule umfaßt 10 Stunden wöchentlich, die an einem Tage hintereinander gegeben werden. Zwei Stunden hiervon wird Sport getrieben, wie überhaupt verlangt wird, daß der Werkstoffschüler einem Sportverein angehören oder dem Werkstoffsportverein, welcher der deutschen Turnerschaft angeschlossen ist, beitreten muß. Des Abends ist den jungen Leuten Gelegenheit geboten, sich auf den verschiedensten Gebieten weiterzubilden. Sie können fremde Sprachen erlernen, Musik und Basterei betreiben oder auch Sportübungen veranstalten. An Sonntagen finden Ausflüge, Feste, Sportveranstaltungen usw. statt. Nach Ablauf der Lehrzeit soll der Lehrling das Werk verlassen, um später, wenn er einige Jahre in anderen Werken gearbeitet hat, wieder eingestellt zu werden. Augenblicklich wird wegen der schlechten Lage des Arbeitsmarktes von dieser Gepflogenheit kein Gebrauch gemacht. Bemerkenswert ist noch, daß die Mehrzahl der jungen Leute Elektriker werden will.

Aber nicht nur der Lehrling, nein, auch der jugendliche Arbeiter wird von der Werkstoffschule erfasst. Auch er erhält Unterricht, muß Sport treiben usw., ähnlich wie der Lehrling. In Kleinkinderschulen, die dem Vater-

ländischen Frauenverein unterstellt sind, werden die Kinder der Werksangehörigen verwahrt. Eine besondere Frauenschule, die zurzeit von 280 Frauen und Mädchen besucht wurde, vermittelt Kenntnisse in den verschiedensten Fächern hausfraulicher Arbeiten. Gemeinsame Ausflüge und Vorträge finden auch hier statt. Vorträge verschiedener Art und Elternabende berufen die Eltern und die verheirateten Arbeiter mit ihren Frauen zusammen. Den erwachsenen Arbeitern ist ebenfalls Gelegenheit geboten, sich weiterzubilden. Eine besondere Alterswerkstätte gibt Invaliden und alten Arbeitern Gelegenheit, neben ihrer Rente noch ein schönes Stück Geld zu verdienen und sich nutzbringend zu betätigen, so daß sich die alten Leute nicht überflüssig vorkommen sollen. Auch diese Werkstätte muß sich wirtschaftlich selbst tragen, bis auf einen Zuschuß von etwa 30 Mk. je Mann und Monat. In dieser Werkstätte werden die alten Leute mit Zerkleinern von Holz, Flechtarbeiten, Buchbinderarbeiten, als Gelbgießer, Schneider, Schuster usw. beschäftigt. Der Andrang zu dieser Werkstätte ist angeblich sehr groß.

Ich muß erklären, daß dasjenige, was ich auf dem Gebiete der Berufsausbildung und der technischen Ausbildung bei der Schalker Hütte sah, mir so gut erscheint, daß ich die Nachahmung dieses Teiles der Werkschulen ganz allgemein für empfehlenswert halte. Anders liegt es mit dem weiteren Teil der Ausbildung des Werkshülers, dem Werkssport und der eigentlichen Schule, deren Räume übrigens bei der Schalker Hütte sehr ungeeignet waren.

Doch kritisieren wir das Dinta und die Werkschulen an Hand des obenstehenden Programms.

Unter 1 b wird gesagt, daß die Lehrlinge u. a. in Industrieschulen herangebildet werden sollen. Niemals können wir uns damit einverstanden erklären, daß die Schulung der jungen Leute außerhalb der Werkstatt durch das Unternehmertum erfolgt. **Es ist eine der vornehmsten unabdingbaren Aufgaben des Staates, den jungen Menschen zum Staatsbürger zu erziehen.** Niemals kann dies Aufgabe bestimmter Interessentengruppen sein. Die vom Unternehmer angestellten Lehrkräfte, die, wie später noch gesagt wird, auch vom Unternehmertum ausgebildet werden, und auch die Aufsicht des Staates in den Industrieschulen bieten keine Gewähr für einen einwandfreien Unterricht in den Schulen. Die unter demselben Absatz gewünschte Ertüchtigung der jungen Menschen durch Sport ist sachlich richtig, ohne daß wir es als Aufgabe der Industrie ansehen können, die sportliche Ertüchtigung der Jugend zu leiten. Die starke Verbindung weiter Kreise des deutschen Unternehmertums mit rechtsgerichteten Putschverbänden bietet keine Gewähr dafür, daß die körperliche Ertüchtigung der jungen Leute im Sinne guter, staatsbürgerlicher Betätigung erstrebt wird, ja sie läßt den Schluß zu, daß sie gegen den Staat verwandt werden kann.

Hinleitung zum wirtschaftlichen Denken, wie es unter 1 c gefordert wird, ist im Prinzip richtig, wenn es nicht, wie zu befürchten ist, einseitig erfolgt. Denn gerade in wirtschaftlichen Fragen ist die Auffassung des Lehrers verschieden, je nachdem, wessen Interessen er dient. Die Werkszeitung scheint mir kein geeignetes Mittel zu sein, um wirtschaftlich denkende Bürger zu erziehen.

„Werksgemeinschaft“ ist das neue moderne Wort für „gelber Werkverein“, woran alle Kunst der Dialektik nichts ändert. Unsere Stellungnahme ist damit gegeben. Werkszeitungen, über welche kürzlich der Kollege

Reinirkens an dieser Stelle berichtete, informieren den Werksangehörigen über Vorgänge auf dem Werk, sie machen und das ist ihre gute Seite, Propaganda gegen Unfälle, nehmen Stellung zu wirtschaftlichen und anderen Fragen. In welcher Form das Letztere geschehen kann, zeigt ein Artikel der Union-Zeitung, dem Organ der Deutsch-Luxemburgischen B. u. H.-A.-G. vom 27. Mai, in welchem durch ein Bild und einen Artikel Schlageter verherrlicht wird. Solche Artikel beeinflussen die Leser einseitig, denn die Taten Schlageters werden bekanntlich von weiten Kreisen der Bevölkerung, besonders von denen des früher besetzten Gebietes, welche die Folgen der Schlagetertaten zu spüren bekamen, anders beurteilt. Die Werkszeitungen werden heute für die gesamte Industrie gewissermaßen als Kopfblatt einheitlich vom Dinta hergestellt.

Zu den Alterswerkstätten, Frauenschulen, Elternabenden, Vorträgen usw. hier Stellung zu nehmen, soll wegen des Umfanges des Artikels unterbleiben, womit nicht gesagt sein soll, daß wir das alles billigen können,

Das Bedenklichste aber scheint mir das unter 4 Angeführte zu sein. Nicht nur die Ausbildung der Schüler, sondern auch die Ausbildung der Lehrer will das Dinta übernehmen und hat es zu übernehmen bereits begonnen, da schon etwa 30 Personen auf diesem Gebiete tätig sind. Dieser Punkt beweist auch, daß der oben eingenommene Standpunkt zur Industrieschule richtig ist. Ist aber die Ausbildung des Schülers Aufgabe des Staates, so erst recht die Ausbildung des Lehrers. Solch einseitig ausgebildete, vom Unternehmertum völlig abhängige Lehrer bieten selbstverständlich den Unternehmern völlige Gewähr für die einseitige Unterrichtung der Jugend im Unternehmerinne.

Betrachtet man also zusammenfassend Werkschulen und Dinta, so begrüßen wir die neuen Wege, die auf dem Gebiete der Berufsauslese und der technischen Schulung gegangen werden, während die darüber hinaus notwendige Schulung des jungen Staatsbürgers, sowie der Lehrerschaft als unabdingbare Aufgabe des Staates diesem vorbehalten bleiben muß, und ferner die Leitung der sportlichen Betätigung der Jugend niemals Aufgabe der Industrie sein kann.

:::

:::

:::

Die Refa-Kalkulation

D. Richter (Dürrenberg)

I.

Das Verlangen der Kollegen in den Betrieben nach genauer Auskunft über die Grundlagen des Refasystems wird immer dringender. Die Kurse unserer Wirtschaftsschule in Dürrenberg laufen der wirtschaftlichen Umstellung entsprechend zu langsam und erfassen nur Bruchteile derjenigen Kollegen, die jetzt dauernd mit dem System in Berührung kommen. Um aber vielen Kollegen gerecht zu werden, bleibt eben nur das geschriebene Wort mit allen seinen Mängeln übrig.

Was heißt denn überhaupt Refa? Es ist eine Abkürzung wie so viele andere im heutigen Sprachgebrauch und bedeutet Reichsauschuß für Arbeitszeitermittlung. Dieser Reichsauschuß setzt sich zusammen aus Mit-

gliedern der Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure und aus Mitgliedern des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller.

Gleichzeitig besteht bei dem Verein Deutscher Ingenieure (VDI), Berlin, noch ein Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung (WVF) mit einem Unterausschuß zur Bestimmung von Hand- und Maschinenzeiten, die beide eng mit der Kosta zusammenarbeiten. An den Arbeiten sind weiter in hervorragendem Maße beteiligt die Firmen Vorsigwerke, WAG, Drenstein & Koppel, Elmowerke, Ludwig Löwe, Deutsche Telefonwerke, AEG, Bergmann AG, die Wernerwerke u. a.

Warum fanden sich aber eine Anzahl Fachleute und die wichtigsten Werke der deutschen Fertigungsindustrie zu gemeinsamer Arbeit zusammen? Was war die Ursache und welches ist das Ziel, das erreicht werden soll?

Die Ursache lag vor allem in der wirtschaftlichen und technischen Umwälzung der Nachkriegszeit.

Mit anhaltender Industrialisierung und vergrößerter Marktproduktion macht sich bei steigender Konkurrenz eine verschärfte Kalkulation notwendig. Eine Kalkulation, die nicht nur die Ergebnisse eines Betriebes roh prüft, sondern die bei vielgestaltiger Produktion versucht, die Entstehungspreise der einzelnen Teile möglichst genau zu erfassen, um sie mit denen der Konkurrenz oder mit denen des Warenmarktes zu vergleichen.

Zu dieser allgemein kapitalistischen Tendenz traten noch drei wesentliche Faktoren:

1. der technische Rückstand Deutschlands, der möglichst rasch überwunden werden soll,
2. die Inflation mit der dauernden Preisveränderung, der kein normales Kalkulationsbüro infolge der alten Kalkulationen folgen konnte, und
3. die Konzentration der Industrie, die zwischen ihren einzelnen Werken Vergleichsmöglichkeiten schaffen wollte, um daraufhin die Erzeugung der Produkte neu zu organisieren.

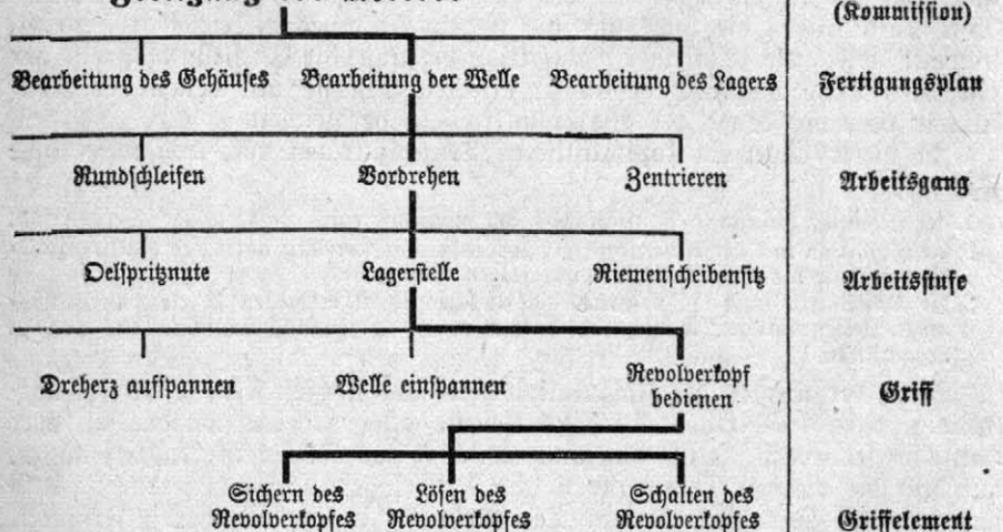
Sollte der Aufbau der Kalkulation hieb- und stichfest sein, so war es notwendig, daß die Methode bis ins kleinste ausgearbeitet wurde. Es war natürlich selbstverständlich, daß man zunächst das Gebiet in Angriff nahm, auf dem die meisten Erfahrungen und Unterlagen vorhanden waren. Und das war die Fertigfabrikation. Die Arbeiten in der Dreherei, Fräselei, Hobelei und Bohrerlei wurden untersucht und an ihnen entwickelte man dann allgemeingültige Regeln. In neuerer Zeit wurden die Arbeiten auf die Härte- und Schmiedearbeiten ausgedehnt. Der wichtigste Schritt, der getan wurde, war, daß man von der Preis- und Lohnkalkulation zur Zeitberechnung überging. Alle Arbeiten und Akkorde werden nicht mehr in Geld, sondern in Zeit festgesetzt. Welche Folgen ergeben sich daraus?

1. Die kalkulierten Stücke der örtlich auseinanderliegenden Zweige und Konzernwerke können unmittelbar miteinander verglichen werden, ohne daß die Tarifverschiedenheiten einen Einfluß ausüben.
2. Die einmal festgelegten Arbeitszeiten haben so lange Gültigkeit, als keine technischen Veränderungen oder willkürlichen Zeitverkürzungen durchgeführt werden. Tarifveränderungen wirken sich nur noch mittelbar aus, indem sich der Multiplikator ändert. Das bedeutet, daß der Unternehmer viel mehr Sorgfalt auf die genaue Ermittlung der notwendigen Arbeitszeit legen kann.
3. Wird eine Arbeitsentlastung des Kalkulationsbüros erreicht.

Daß die Zeitkalkulation die einzig mögliche Rechnung während der Inflation gewesen wäre und in einigen Werken auch tatsächlich war, ist leicht begreiflich.

Welche Vorteile und Nachteile hat insbesondere der Arbeiter davon? Zunächst einen Nachteil, der sich immer bei Umrechnungen bemerkbar machen wird: der Versuch, Lohn- und Akkordsätze zu kürzen. Der Arbeiter ist in der Regel nicht in der Lage, die Umrechnung zu kontrollieren, sei es, daß er die Umrechnungsschlüssel und die Unterlagen gar nicht kennt, sei es, daß die Arbeitsverteilung ihm die Übersicht nimmt. Für einen Teil der Kollegen wird während der Übergangszeit auch die Zeitrechnung rechnerische Schwierigkeiten bereiten. Günstig für den Arbeiter ist die Zeitrechnung insofern, als er ein für allemal die zugebilligte Arbeitszeit genau kennt, unabhängig von der wirklich verbrauchten Zeit und dem Stand des Tarifes. Andere Werkzeuge, Maschinen, anderes Material und andere Arbeitsfolge werden natürlich auch hier eine Zeitveränderung bewirken, die der Arbeiter beachten soll, da für ihn dadurch sehr oft Nachteile entstehen. Nach welchen Gesichtspunkten wird nun die Aufteilung eines Arbeitsprozesses vorgenommen? An einem Beispiel sei es erläutert.

Fertigung des Motors



Aus der oben wiedergegebenen Darstellung erkennen wir, daß hier die Kalkulation dem Gesetz der Arbeitsdifferenzierung bis zum einfachsten Griffelement folgt. Damit ergibt sich, daß die Refa-Kalkulationsmethode nicht nur eine äußerst genaue Zeitbestimmung anstrebt, sondern daß sie auch in vielen Fällen der Vorkalkulation zum wichtigsten Werkzeug des Betriebs- und Produktionsingenieurs wird. Diese Entwicklung wird noch besonders unterstützt durch einen Passus vieler Tarifverträge, daß „die Akkorde den Arbeitern vor Beginn der Arbeit mitgeteilt sein müssen“.

Weiter sehen wir an unserem Beispiel, daß der Fertigungsauftrag oder die Kommission, wie man ihn heute noch nennt, in einzelne Arbeitsgänge, Arbeitsstufen, Griffe oder Griffelemente zerlegt wird. Addiert man die einzelnen Zeiten der Griffelemente, so kommt man zu einem Griff, alle Zeiten der Griffe addiert, gibt die Zeit einer Arbeitsstufe, die Summe sämtlicher Zeiten der Arbeitsstufe geben den Arbeitsgang, und so geht es weiter bis zum fertigen Auftrag.

Die meisten Werke sind nun aber nicht in der Lage, für ihre Produktion eine, so wie hier gezeigt, bis ins kleinste gehende Zeitbestimmung vorzunehmen, sei es aus Personalmangel infolge der Krise, sei es Mangel entsprechender Kräfte, sei es Zeitmangel oder sonst etwas. Aber alle sind bestrebt, durch schrittweises Vorgehen dieses Ziel zu erreichen. Einzelne Werke der Fertigungsindustrie sind heute bereits bis zur Festlegung der Griffelemente gekommen. Waggon- und Eisenkonstruktionsfirmen sowie alle Werke der Schwereisenindustrie sind meist erst bei der zweiten oder dritten Stufe angelangt. Auch darf nicht verschwiegen werden, daß einige wenige Werke nach mißglückten Versuchen zu ihren alten Formen zurückgegangen sind. (In dem nächsten Aufsatz werden wir den weiteren Aufbau des Refashystems mit seinen Folgen kennen lernen.)

Die Betriebsräte in der Wirtschaftskrise

Reinhard Eisner (Nürnberg)

Die langandauernde Wirtschaftskrise verlangt außerordentliche Arbeit von den Betriebsräten. Betriebsstillegungen, Entlassungen, Lohnreduzierungen und der mit diesen Kampfmaßnahmen des Unternehmertums zusammenhängende moralische Druck auf die Arbeiterschaft zeigen sich in erhöhten Leistungen der Gewerkschaften und vor allem den Betriebsräten. Die Betriebsräte sind ja für die Belegschaften der Betriebe jederzeit erreichbar, sie sollen helfen, kleinere und größere Nöte der gesamten Arbeiterschaft ebenso wie einzelner Arbeiter zu überwinden oder möglichst zu mildern. Hier zeigt es sich, wer als Betriebsrat seinen Aufgaben gewachsen ist. In Zeiten des guten Geschäftsganges ist es naturgemäß verhältnismäßig leichter, etwas zu erreichen, als in Zeiten der Krise das Erreichte zu halten. Bei der Beurteilung der Wirtschaftslage, die für die Entscheidungen der Betriebsräte notwendig ist, soll man sich durchringen zwischen dem, was der Unternehmer zur „Aufklärung“ der Betriebsräte tut, und zwischen der marxistischen Erkenntnis. Es gibt ja Kollegen, denen dies keine Schwierigkeiten zu machen scheint, die immer das Gegenteil tun von dem, was die Unternehmer vorschlagen und dann glauben, daß dies unbedingt das Richtige ist. Vor allem wird immer wieder vergessen, daß die Arbeitskraft als „Ware“ den Schwankungen der Wirtschaft unterworfen ist, daß sie im Werte steigt oder fällt je nach Angebot und Nachfrage. Auch die verkehrte Wirtschaftspolitik, die nur auf Export eingestellt ist, die gar nicht daran denkt, daß der Eigenverbrauch im Lande eine viel sicherere Produktionsmöglichkeit bedeutet. Die Ausweglosigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird nur von einer Minderheit erkannt. Doch die Aufklärung in den Betrieben über die soziale Stellung des Arbeiters, über die Wege zur wirtschaftlichen Besserstellung, zur wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Befreiung der Arbeiterschaft, beginnt seit einiger Zeit wieder auf fruchtbarerem Boden zu fallen. Gewiß ist die wirtschaftliche Lage des größten Teiles der Arbeiter in den Betrieben ebenso wie der Arbeitslosen furchtbar eingeschränkt. Auch sind die Aussichten auf eine baldige längere Besserung nicht zu erwarten. Es wäre für die Arbeiter ein schlechter Trost, wenn man ihnen nur immer wieder sagen könnte: abwarten bis die Wirtschaftslage besser wird.

Es gibt also eine ganze Reihe Aufgaben, die alles andere als angenehm sind und vor allem verlangen, daß sich der Betriebsrat mit seiner ganzen Person für seine Aufgaben einsetzt. Leider zeigt sich ja immer wieder, daß nicht einmal das, was im Betriebsrätegesetz festgelegt ist, durchgeführt wird. Die Auslegung des Gesetzes ist naturgemäß sehr unsritten, auch fehlen die Behörden, die der schwächeren Seite im Wirtschaftskampf die notwendige Unterstützung gewähren. So ist es z. B. bei der Mitwirkung von Entlassungen, wo ja die sozialen Verhältnisse geprüft werden sollen. Die Wenigen, die einmal kürzere Zeit aussetzen können, ohne deswegen der äußersten Not ausgesetzt zu sein, werden häufig gerade vom Unternehmer gebraucht. Gerade die Entlassungen, die durch den Betriebsrat ebensowenig wie durch die Gewerkschaften verhindert werden können, bilden einen Grund mit, das Vertrauen zu diesen einzuschränken.

Allerdings ist dies bei weitem nicht so stark der Fall, wie es sich die Unternehmer mit der Schaffung der Reservearmee wünschen. Die Unterstützungen durch den Staat und auch vor allem durch die Gewerkschaften bieten immerhin eine Stütze, sie verhindern, daß der Unternehmer die Löhne unter die Unterstützungssätze drücken kann. Deshalb ist auch das Streben der Unternehmer nach Beseitigung dieser staatlichen und gewerkschaftlichen Mittel sehr begreiflich. Trotzdem die Unterstützungssätze alles andere als ausreichend, vor allem für längere Krisen sind, darf nicht vergessen werden, daß die Unternehmer alles versuchen und auch weiter versuchen werden, diese Unterstützungen weiter herabzudrücken, um so die Arbeiter zu zwingen, auch mit den Löhnen herunterzugehen. So zeigt sich also, daß diese Unterstützungen nicht nur eine persönliche Hilfe bedeuten, sondern darüber hinaus eine wirtschaftliche Maßnahme gegen weitere Verelendung darstellen. Durch die drohende Entlassung wird sich aber nun mancher Arbeiter und auch Angestellte verleiten lassen, sich Reduzierungen des Lohnes gefallen zu lassen. Daß durch die Kürzungen der Akkordpreise naturgemäß die Arbeiterschaft beunruhigt wird, ist ganz erklärlich. Der Zweck der Uebung soll ja auch sein, die Arbeiter zu veranlassen mehr zu leisten, um dennoch weniger als vorher zu verdienen. Es bedarf ungeheurer Erziehungsarbeit, um zu verhindern, daß nicht die Löhne auf ein Minimum erniedrigt werden können, das nicht mehr so leicht erhöht werden kann. Gerade in dieser Beziehung suchen die Kolleginnen und Kollegen im Betriebsrat eine Stütze, die ihnen über die schwierigsten Verhältnisse hinweghilft. Dem Unternehmer imponiert jetzt eine schwulstige Drohung sehr wenig, den Kollegen hilft diese nicht. Hier setzt die Kleinarbeit ein, die vom Betriebsrat verlangt, daß er gegen jede Akkordpreiszurückführung, die nicht auf Grund von Änderungen der Arbeit berechtigt erscheint, alle tariflichen Möglichkeiten erschöpft. Die Betriebsräte haben ja das Recht, sich von der Nichtigkeit der Akkordpreiszurückführungen zu überzeugen; bis die Anerkennung des neuen Preises erfolgt ist, muß ja mindestens der Stundenlohn bezahlt werden. Wenn der Unternehmer aber seine Produktion steigern will, muß er möglichst Lohnstunden vermeiden, muß er versuchen, alles in Akkord herzustellen. Selbstverständlich muß der Betriebsrat den Kolleginnen und Kollegen immer wieder vor Augen halten, mit welcher Brutalität das Unternehmertum seine Uebermacht während der Krise ausnützt, um für sich Vorteile zu erreichen. Gerade die Krise soll uns Gelegenheit geben, auf die zu erwartende bessere Wirtschaftslage uns zu rüsten. Ein Betriebsrat, der für jede gegebene Lage Verständnis hat, der jederzeit den Kollegen mit Rat und Tat zur Seite stehen kann, der auch dem Unternehmer gegenüber gerade in dieser schweren Zeit ein Rückgrat zeigt, wird auch in der Lage sein, eine Reihe Erfolge der besseren Zeit über die Krise hinüberzubringen.

Dies sei nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was gerade jetzt der Betriebsrat tun kann. In guten Zeiten ist es verhältnismäßig leichter, seinen Posten auszufüllen, aber gerade in der Not zeigt es sich, wer kämpfen gelernt hat, wer bereit ist, sein ganzes Wissen und Können in den Dienst seiner Kolleginnen und Kollegen zu stellen.



Buchbesprechung

Aufgaben und Grundlagen der psychologischen Arbeitseignungsprüfung.

B. Beiheft zum Zentralblatt für Gewerbehygiene und Unfallverhütung. Verlag: Chemie G. m. b. H., Leipzig. Preis 3.— Mk., für Bezahler des Zentralblattes 2.25 Mk. Die von der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene herausgegebene Schrift soll die Ergebnisse einer von genannter Gesellschaft im Jahre 1925 in Berlin veranstalteten Konferenz über „Die psychologische Arbeitseignungsprüfung“ einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen. Instruktive Aufsätze von Professor Dr. Dietrich, Professor Dr. Rupp, Professor Dr. Wroede und Dr. Langenberg behandeln Aufgaben und Zweck der Arbeitseignungsprüfung, die Eignungsprüfung und Berufsberatung usw. Diese Fragen gewinnen in neuerer Zeit besonderes Interesse. Durch geeignete Methoden einer psychologischen Arbeitseignungsprüfung soll eine Berufsauslese bei der Uebernahme einer Beschäftigung durch den Arbeiter gleichzeitig als hygienischer, wirtschaftsfördernder und sozialpolitischer Faktor wirken. Es ist zu begrüßen, wenn in der vorliegenden Schrift eine gute Orientierung über den gegenwärtigen Stand des Gesamtproblems ermöglicht wird.

H. D.